

## THEMEN DES MONATS

CHINA UND SÜDOSTASIEN NACH DEM WAFFENSTILLSTAND  
IN VIETNAM

## Folge 4: Thailand

Der Waffenstillstand in Vietnam gibt Anlaß zu einer systematischen Überprüfung des Verhältnisses der VRChina zu den einzelnen Ländern Südostasiens.

In den Heften für Februar, März und April wurden nacheinander Birma, Laos und Kambodscha betrachtet. In der vorliegenden Nummer steht das Verhältnis China-Thailand zur Debatte.

In den nächsten Ausgaben folgen Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen.

## BAMBUS IM NORDOSTWIND

(China und Thailand)

Mehrere Male im Verlauf seiner Geschichte war Thailand vor eine für sein politisches System, ja manchmal sogar für seine staatliche Existenz, entscheidende Situation gestellt: Im 19. Jahrhundert, als der Zugriff des europäischen Imperialismus immer härter wurde, zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, als Japan seine Hand nach Südostasien ausstreckte, ferner 1950, als es galt, zwischen den neu entstandenen "zwei Lagern" zu wählen, und schließlich 1972, als das lange Jahre alliierte Amerika seinen Frieden mit China machte und sich anschickte, sein Indochina-Engagement zurückzunehmen.

Hand in Hand mit diesen außenpolitischen Entwicklungen spitzten sich auch die "Widersprüche" im Innern zu, wobei innen- und außenpolitische Elemente eng miteinander verknüpft waren.

Aus einer weiteren historischen Perspektive läßt sich die heutige Situation des Königreiches in gewissem Sinne mit dem Zustand Siams vor etwa 100 Jahren vergleichen. Die Parallelen sind nicht zu übersehen: Auch damals war das Land von mächtigen Gegnern bedroht! Großbritannien hatte eben - im Opiumkrieg von 1840/41 - das chinesische Kaiserreich gedemütigt, hatte ferner den alten Rivalen Siams, das Königreich Birma, annektiert und war gerade im Begriff, die malayophonen Südpfeile Siams mit in seinen Einflußbereich zu ziehen. Frankreich war seinerseits dabei, Vietnam (Annam) zu unterwerfen und rings um dieses Gebiet einen Cordon sanitaire durch Laos und Kambodscha, vielleicht auch durch Siam, aufzubauen.

König Chulalongkorn, der bedeutendste Modernisierer des Landes (1868-1910), der sich schon in seiner Jugend intensiv mit Europa befaßt hatte, erkannte die tieferen Ursachen, die für die schnelle Niederlage der bisher so machtvoll scheinenden Nachbarstaaten Birma und Vietnam ursächlich gewesen waren. Um nicht auch Siam in den Strudel der Niederlage hineingeraten zu lassen, entwarf er eine dreiteilige Strategie zur Abwendung innerer und äußerer

er Gefahren - ein Schema, das in seinem Aufriß auch heute noch Beachtung finden sollte:

- Aufrichtung friedlicher Beziehungen nach außen hin.
- Wahrung des Friedens im eigenen Lande.
- Verfassungsreform (1).

Projiziert man diese Drei-Wege-Strategie des Reformkönigs in die gegenwärtige Situation hinein, so erweist sie sich nach wie vor als brauchbare Orientierungshilfe.

- Es gilt nämlich - erstens - nach und nach friedliche Beziehungen zu den wichtigsten Staaten in der Nachbarschaft zu entwickeln, und zwar nicht nur im Verhältnis zu den Ländern der ASEAN, sondern auch gegenüber den indochinesischen Staaten (Nord- und Süd-vietnam, Kambodscha, Laos), vor allem aber gegenüber der VRCh.

- Zur Wahrung des inneren Friedens ist es ferner nötig, die Unruhen im Norden, Nordosten und Süden des eigenen Landes einzudämmen, wobei nicht nur eine negative Strategie der "Unterdrückung", sondern vor allem eine Politik sozialer Innovationen zu verfolgen wäre. Eine solche Befriedungsstrategie müßte Hand in Hand gehen mit einer versöhnlicheren Politik gegenüber der VRCh, die ja mit zu den wichtigsten "Unterstützern" der thailändischen Aufstandsbewegungen gehört, aber auch mit einer Erneuerung der thailändischen Führung von innen heraus.

- Damit ist bereits der dritte Punkt angesprochen, nämlich die soziale und politische Selbsterneuerung Thailands, die im weitesten Sinne zu verstehen ist. (Auch im vorigen Jahrhundert war ja die Eroberung der südostasiatischen Staaten durch europäische Mächte nur deshalb so schnell vonstatten gegangen, weil diese Länder sozial brüchig geworden waren).

Mit dieser Trichotomie der Gesamtproblematik ist bereits das Schema gegeben, nach dem - in umgekehrter Reihenfolge - die Beziehungen zwischen Thailand und Peking zu behandeln sind:

Innenpolitische Ausgangslage - Widerstandsgruppen (innerer Friede möglich?) - Außenpolitik.

**A. Innenpolitische Ausgangslage**

**I. Der innenpolitische Befund (Regierungsseite) on**

Wie labil Thailands politisches System ist, soll mit Hilfe eines kurzen Zahlenspiegels aufgezeigt werden:

Von den 41 Jahren, die seit der Revolution des Jahres 1932 (Abschaffung der absoluten Monarchie) verstrichen sind, fallen 33 auf fünf lange Militärdiktaturen und 8 auf sechs kurze Zivilregierungen (2). Innerhalb desselben Zeitraums wurde die Verfassung nicht weniger als zehnmal gewechselt. Fünf neue Verfassungen wurden verkündet, und zwar 1932, 1946, 1949, 1959 und 1968. Rechnet man die Interimsverfassung von 1972 hinzu, so kommt man sogar auf die Rekordzahl von sechs Grundgesetzen! Ferner ereigneten sich fünf militärische Coups, nämlich 1947, 1951, 1957, 1958 und 1971. Selbst dann aber, wenn die Regierung einmal ausnahmsweise nicht gewaltsam gestürzt wurde, kam es doch durch Manipulation der Wahlergebnisse zu Verzerrungen des "Volkswillens". Überspitzt ausgedrückt könnte man in diesem Zusammenhang sogar behaupten, daß der Staatsstreich zu einer quasi-verfassungsmäßigen Institution Thailands geworden ist. Insofern weist diese Instabilität, so paradox das klingen mag, doch wieder Elemente der Stabilität auf.

Diese "Stabilität in der Instabilität" läßt sich nur begreifen, wenn man folgende Grundmerkmale des politischen Systems zur Kenntnis nimmt: Die thailändische Gesellschaft zerfällt in zwei gleichsam durch eine "große Mauer" getrennte Segmente.

- Da ist einmal die bäuerliche Gesellschaft, deren soziales Leben noch fest in der Tradition verankert ist und die beträchtliche Stabilität aufweist.
- Auf der anderen Seite steht die städtische Elite, die sich - nach Cliquen gruppiert - um die Regierungsmacht bemüht (3).

Die Kluft zwischen beiden Bevölkerungsschichten wird nur durch die lokalen Bürgermeister, Lehrer, Polizisten und buddhistischen Würdenträger überbrückt.

Die städtische Elite, die hier als ausdifferenziertes soziales Segment angegeben wurde, ist in sich freilich keineswegs geschlossen, sondern läßt sich - einigermaßen grob kategorisiert - in drei Schichten einteilen:

Karte Nr. 1

**THAILANDS LAGE IN SÜDOSTASIEN**



Etwa 10-15 Personen stehen an der Spitze des Staates, wobei es sich meist um führende Militärs sowie zivile Bürokraten handelt (Überhaupt ist es ja für das thailändische System seit der Abschaffung des absoluten Königtums im Jahre 1932 bezeichnend, daß nicht ein kapitalistisches Bürgertum, sondern

eine neue militärische und bürokratische Elite die Hebel der Macht in die Hand bekommen hat. Innerhalb dieser Gruppierungen konnten sich im allgemeinen die Militärs gegenüber den Zivilbürokraten durchsetzen).

Die zweite Ebene der Pyramide besteht aus etwa 1000 Personen - Generälen, hohen Beamten, Parlamentsmitgliedern, Prinzen und einflussreichen Geschäftsleuten.

An der Basis dieser Pyramidenstruktur schließlich steht die bewußte "politische Öffentlichkeit", die vor allem die gebildete Bevölkerung Bangkoks umfaßt und nur etwa 1 - 2 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht.

Diese dreischichtige Spitzengruppe unterscheidet sich von der übrigen Bevölkerung durch ihre Erziehung und durch ihre Kontrolle über das Erziehungssystem (4).

Ist die bäuerliche Bevölkerung Garant der Stabilität, so bringt der Kampf der städtischen Elite um die Macht immer wieder ein Moment der Instabilität mit sich. Ursächlich hierfür ist letzten Endes die für das thailändische politische System so bezeichnende "Cliques"-Struktur. Die "Clique" ist eine Gruppe von Personen, die auf bestimmten Sozialbeziehungen (Familienbande, bürokratische Kollegialität, Lehrer-Schüler-Verhältnis etc.) beruht, sich also - meist informell - durch Zuneigung, Loyalität und Respekt konstituiert. Der Aufbau solcher Cliques ist hierarchisch, mit einem Führer an der Spitze. Steigt der Führer auf, so folgt ihm die Clique nach; stürzt er, geht auch sie mit ihm unter. Der Drang, sich solchen Cliques anzuschließen, beruht nicht zuletzt darauf, daß im Sozialsystem Thailands der durch den gemeinsamen Aufstieg erzielte Gewinn an Prestige und Reichtum zugleich als Manifestation religiösen "Verdienstes" angesehen wird. Aus moralischem Verdienst erwächst die Befähigung zu sozialem und politischem Erfolg, und dieser Erfolg wiederum gibt coram publico jene Aufstiegslegitimation ab, die von der buddhistisch erzogenen Bevölkerung als Konsequenz ethischen "Verdienstes" anerkannt wird. Umgekehrt muß ein Verlust an Macht und Einkommen zugleich auch als Verlust ethisch-religiöser Positionen gelten (5). Kein Wunder, daß angesichts solcher Denkmechanismen "faire demokratische Spielregeln" das politische Denken kaum zu beeinflussen vermögen. Hieraus erklärt sich auch die Neigung zum Staatsstreich sowie die Unbekümmertheit, mit der Staatsämter und finanzielle Vorteile miteinander verquickt werden. Es gehört in Thailand mit zu den fraglosen Selbstverständlichkeiten, daß Spitzenpolitiker auch Aufsichtsratsposten wahrnehmen und handfest an Wirtschaftsunternehmen beteiligt sind. Dieser Zustand führt in seinem Endergebnis zu jenem "bürokratischen Kapitalismus", der seinerzeit auch in China den Kuomintang-Herrschern von seiten der chinesischen Kommunisten vorgeworfen wurde. Diese Verklammerung von Politik und Geschäft führt - das soll hier besonders betont werden - u.a. auch dazu, daß die Mächtigen an einer Veränderung des Status quo kaum interessiert sind und allen Neuerungen mit Mißtrauen gegenüberstehen, wobei man mit

der Etikettierung "Kommunismus" schnell zur Hand ist.

Angesichts eines so wenig an Reform interessierten politischen Systems kann es nicht wundernehmen, daß auch Wahlkämpfe, bei denen man sich seinen Kandidaten einmal näher anschauen könnte, meist nichts anderes sind als eine Farce. Viele Thai machen von ihrem Wahlrecht nur Gebrauch, wenn Verwandtschaft oder ein Gefolgschaftsverhältnis gegenüber einem bestimmten Kandidaten ihn dazu verpflichten. Wahlkämpfe tragen zumeist "Züge der Volksbelustigung": Kandidaten bebildern ihre Werbeschriften mit Pin-up-Girls, geben Kinovorstellungen und verteilen gratis Reis. Vermögende Kandidaten - und nur solche können an einem Wahlkampf teilnehmen - spenden Geld zur Renovierung der Tempel, um sich auf dem Umweg über religiöses Verdienst politischen Anhang zu verschaffen.

Infolge der Autoritätsgläubigkeit und des traditionellen Untertanenverhaltens der ländlichen Schichten hat im allgemeinen der Vertreter der Regierungspartei die besten Chancen, zumal die privilegierten Kandidaten von zwei wesentlichen Elementen der Thai-Kultur Gebrauch machen, nämlich 1.) der Legitimierung durch die Monarchie und 2.) von dem Hinweis darauf, daß der bereits errungene Status ja nichts anderes sei als die Folge religiöser Verdienste aus einer früheren Existenz (6).

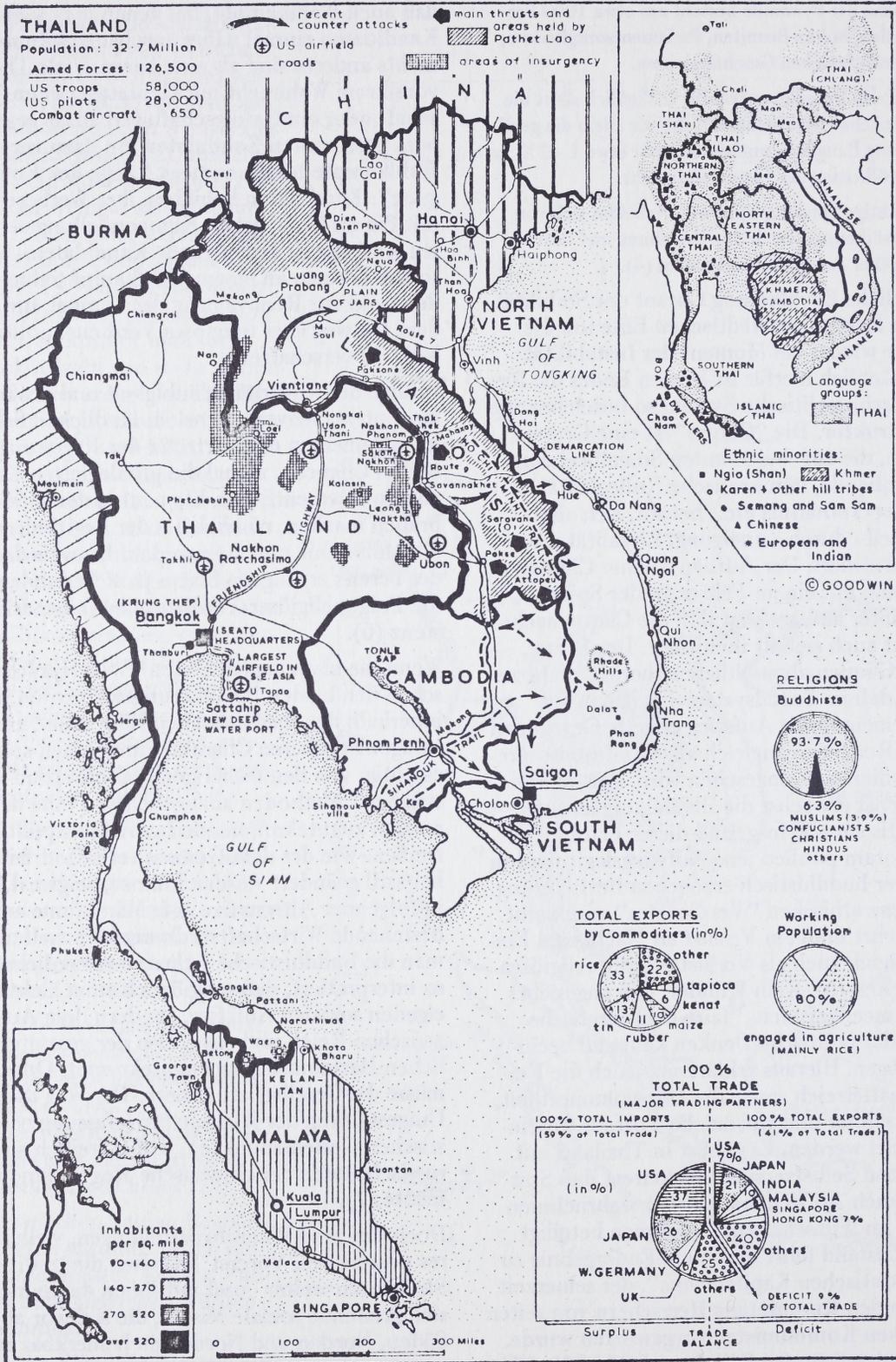
Wenn die oben angedeuteten "Widersprüche" zwischen den beiden Bevölkerungssegmenten, aber auch innerhalb der thailändischen Elite selbst, nicht noch antagonistischeren Charakter annehmen sollen, wäre es nötig, von den bisherigen "bürokratisch-kapitalistischen" Methoden abzugehen und eine den Volksmassen zugutekommende Innovationspolitik zu betreiben. Wie der dem Gestern verhaftete bisherige Arbeitsstil geändert werden könnte, zeigt v.d. Decken in folgender Alternative auf: Man könne entweder die bestehende Wirtschaftsordnung beibehalten, indem man die buddhistische Lehre vom Verdienstmachen so interpretiert, daß religiöses Karma nicht länger dem eigenen sozialen Aufstieg, sondern dem Ausgleich zwischen Reich und Arm, also der gesamtgesellschaftlichen Harmonisierung zugutekommt. Oder aber man müsse die Gesellschaft ändern. Der Weg dazu wäre die Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung nach sozialistischen Gesichtspunkten, wobei freilich weder der russische noch der chinesische Weg verbindlich sein müßte (7).

Doch dies sind Wunschvorstellungen, vielleicht auch res posteriores. Vorerst bestehen die traditionellen Strukturen weiter - und mit ihnen die immer mehr um sich greifende soziale Misere, die sich vor allem im Süden, Norden und Nordosten bemerkbar macht.

Auch der Militärcoup vom November 1971 hat hier keine Abhilfe geschaffen; denn ihm lagen bestimmt keine sozialen Erwägungen zugrunde. Manche Autoren vermuteten hinter diesem Ereignis weltpolitische

Karte Nr. 2

THAILANDS LAGE IN INDOCHINA (Stand 1968 !)



Quelle: Conflict Studies, Dec. 1969, No. 1, S.9

Überlegungen, z.B. eine Reaktion auf die Aufnahme der VRCh in die UNO (8), die u.a. auch den Übermut der Inlandschinesen auslösen könnte. Es dürfte aber wohl eher richtig sein, in diesem harten Schlag gegen das zarte Pflänzchen der thailändischen Demokratie eine Überreaktion vonseiten der Armee zu sehen. Vielleicht haben wirklich außenpolitische Motive mitgewirkt - entscheidend waren sie letztlich nicht! Es sollte zu denken geben, daß die Verantwortlichen sich lächelnd - wie für ein Kompliment - bedanken, wenn man den Stein des Anstoßes nicht auf der siamesischen Lokalszene, sondern hinter den Kulissen des großen Welttheaters sucht (9). Ein Motiv jedenfalls dürfte bestimmt vorherrschend gewesen sein, nämlich die Furcht, angesichts der sich wandelnden Lage Vorteile aufgeben zu müssen, die man bisher so bequem hat wahrnehmen können. Vorausichtlich werden diese Zustände auch in nächster Zeit kaum geändert. Am 15.12.1972 verkündete König Phumipol zwar eine neue Interimsverfassung. Doch handelt es sich auch hier lediglich um die Wiederholung eines alten Schemas, das bisher noch jedem Armee-Coup in Thailand angehaftet hat: Nach einem solchen Staatsstreich hebt die Militärjunta jeweils die alte Verfassung auf, erläßt dann einige Monate später eine Interimsverfassung und legt schließlich das Fundament für eine neue, "ständige" Verfassung und eine Rückkehr zur "Demokratie". Im übrigen handelt es sich auch beim neuen Verfassungsentwurf um ein Dokument, das "typische Demokratie im Thai-Stil" manifestiert: Die Stellung des Premierministers wird nämlich mit fast absoluter Macht ausgestattet, insofern er jede "geeignete Maßnahme ergreifen darf, um Aktionen zu unterdrücken, die die nationale Sicherheit, den Thron, die Wirtschaft oder die nationale Verwaltung ..... gefährden". Der Nationalversammlung, die als gesetzgebende Körperschaft fungiert, werden nur beschränkte Rechte eingeräumt, und nicht zuletzt werden sämtliche Gesetze, die vom Nationalen Exekutivrat, also dem militärischen Übergangsgremium, während der vergangenen 13 Monate erlassen wurden, für nach wie vor gültig erklärt.

Wie sehr Thailands Militärherrscher nach wie vor auf traditionellen Pfaden wandeln, läßt sich an der Cliquenbildung ablesen, die seit dem Militärputsch vom November 1971 längst wieder eingerissen ist. Hier zwei Beispiele aus jüngster Vergangenheit:

a. Anfang 1973 standen vier Mann an der Spitze der politischen Machtpyramide, nämlich Feldmarschall Thanom Kittikachorn, ferner General Praphat Charusathien, General Krit Sivara (stellvertretender Armeekommandeur und Generalsekretär des "Nationalen Exekutivrats", des höchsten Staatsorgans, in dem die Militärs und der Polizeichef den Ton angeben) und schließlich Oberst Narong Kittikachorn. Diese Vierergruppe bildet eine festgefügte politische und wirtschaftliche Interesseneinheit. Besonders interessant in dieser Gruppierung ist die Stellung des Obersten Narong, der Thanoms Sohn und Praphats Schwiegersohn ist. Narong, der

gerade im Jahre 1972 einen steilen Aufstieg nach oben erlebt hat und wohl auch bei der Nachfolgefrage eine entscheidende Rolle mitspielen wird, empfängt seine Macht aus fünf Quellen: von seinem Vater, von seinem Schwiegervater, von den Mitarbeitern und Schützlingen dieser beiden; von "seiner" persönlichen Clique, bestehend aus jungen Offizieren; und von einigen Intellektuellen und Akademikern, die eine Art Kometenschweif bilden., Narongs Reden ausarbeiten und für ihn Pläne entwerfen. Zusätzlich stehen auch die Schlüsselbataillone der 1. Armee in Bangkok unter dem Befehl einiger seiner Mitschüler von der Königlichen Militärakademie (10). Alles in allem ist die Geschichte Narongs typisch für die unglückliche Tendenz des thailändischen politischen Systems, partizipatorische Elemente auszuklammern und die Machtstruktur, ganz nach personalistischen Gesichtspunkten, um einen "starken Mann" herum aufzubauen.

b. Als negative Ablichtung dieser Cliquesituation sei hier noch das Beispiel eines Oppositionellen angeführt, der keineswegs in den "kommunistischen" Untergrund ging, sondern im Laufe des Jahres 1972 durch loyale Opposition für die Erweiterung demokratischer Ansätze zu kämpfen suchte. Es handelt sich hier um den Fall eines jungen Politologen von der Bangkokker Chulalongkorn-Universität, der zwei Tage nach dem Militär-Coup vom 17. November 1971 ein Flugblatt verteilte, das mit dieser Machtübernahme scharf ins Gericht ging. Praphansak, so hieß der junge Oppositionelle, wurde von der Polizei invernommen und dabei vor weiteren "subversiven Aktionen" gewarnt. Außerdem erfuhr er sehr bald, wie es einem Oppositionellen in der thailändischen Gesellschaft ergehen kann. Er landete zwar nicht im Gefängnis und wurde auch nicht weiter überwacht. Es geschah aber weitaus Schlimmeres: Er wurde von nun an ignoriert. Damit aber war seine Laufbahn zu Ende. Obwohl er sich in Bangkok auf freiem Fuß befindet, lebt er de facto im Exil (11).

An einem solchen Fall wird das Elend der Opposition in der thailändischen Gesellschaft besonders deutlich. Entweder es gelingt dem "Protestanten", sich einer gegnerischen Fraktion - sprich Clique - anzuschließen und sein Glück im Staatsstreich zu versuchen, oder aber er geht in den Untergrund und kämpft dort für eine Erneuerung des Landes von den Wurzeln her. Damit taucht die Thematik der "Widerstandsbewegungen" auf.

## II. Widerstandsbewegungen

Im Gegensatz zu anderen Staaten Südostasiens ist in Thailand das Klima für die Aussaat von Aufstandsbewegungen, vor allem des Kommunismus, zunächst einmal nicht besonders günstig. Hierfür sind eine Reihe von Gründen ursächlich:

- Siam hat nie die bitteren Erfahrungen des Kolonialismus durchmachen müssen. Die Landwirtschaft war deshalb nicht durch Preisdruck oder Zwang zur Monokultur beeinträchtigt. Auch das bäuerliche Handwerk war nie so stark der Konkurrenz einer mit ausländischer Hilfe installierten Leichtindustrie ausgesetzt wie in anderen Staaten (z.B. auch im China der zwanziger und dreißiger Jahre). Die Agitation gegen den Imperialismus und seine Lakaaien" muß deshalb auch

Karte Nr. 3: THAILANDS PROVINZEN



heute noch weitgehend auf unfruchtbaren Boden fallen, zumal das thailändische Königshaus, das nun schon in neunter Generation (die Dynastie der Chakris setzte im Jahre 1782 mit Rama I. ein; König Bumiphol herrscht z.Zt. als Rama IX.) Kontinuität und Einheit des Staates repräsentiert, bei der bäuerlichen Bevölkerung hohes Ansehen genießt und insofern systemstabilisierend wirkt (keine "Lakaien des Imperialismus").

- Auch der 700-jährige Buddhismus in Thailand, dem die weitaus überwiegende Bevölkerung angehört, hat zur politischen Apathie der Bauernbevölkerung beigetragen. Reichtum und Armut werden vom gläubigen Buddhisten nicht als Folge wirtschaftlicher Ausbeutung, sondern als Emanat guten oder aber schlechten Verhaltens in einer früheren Existenz hingenommen. Eine Philosophie der Unzufriedenheit, wie sie im Marxismus angelegt ist, verstößt vor allem aus zwei Gründen gegen die Logik des Hinayana-Buddhismus: Erstens ist es sinnlos, einen Reichen zu beneiden, der seinen Reichtum ja ausschließlich dem durch gute Taten ("Verdienst") erworbenen Karma verdankt. Zweitens aber mindert jeder, der sich von solchen Neidgefühlen leiten läßt, seine eigenen "Verdienste" und bringt sich damit um die Chance, möglicherweise auch einmal dem Kreis der Wohlhabenden anzugehören. Aber auch sonst begegnet der Marxismus einer merkwürdigen zwiespältigen Einstellung: In Birma z.B. wurde er lange Zeit als wirtschaftliche Methode zur Erreichung buddhistischer Ziele angesehen. Ba Swe, der Führer der Sozialistischen Partei Birmas, bezeichnete im Jahre 1950 den Marxismus als eine niedere Wahrheit, welche die Verwirklichung der höheren buddhistischen Wahrheit erleichtern könne, insofern nämlich als mit Hilfe seiner Wirtschaftsmethoden dem Menschen die Sorge um Ernährung, Kleidung und Unterkunft abgenommen würde und er sodann mehr Zeit habe, über Alter, Krankheit und Tod zu meditieren (12). Es ist klar, daß bei einer solchen Betrachtungsweise die politischen und ideologischen Doktrinen zur Diktatur des Proletariats und zum Materialismus verworfen werden und der Marxismus nur selektiv, d.h. in seinen Wirtschaftsmethoden, rezipiert wird. Weiterhin sorgt der Hinayana-Buddhismus dafür, daß jeder für sein eigenes Heil selbst verantwortlich ist, so daß politische, wirtschaftliche und soziale Aktionen nicht wesentlich zur Verbesserung des Daseins beitragen können. Der in hohem Ansehen stehende Mönchsorden (Sangha) garantierte durch seine pädagogischen, sozialen und religiösen Einwirkungen dafür, daß vor allem die bäuerliche Bevölkerung diesen buddhistischen Grundeinstellungen verhaftet blieb.

- Auch die sozialen Verhältnisse auf dem Lande waren bis in die jüngste Vergangenheit hinein einigermaßen intakt: Was beispielsweise die Betriebsgröße eines Landwirtschaftshaushalts in Thailand anbelangt, so übertrifft sie den des Durchschnittsbetrie-

bes in Taiwan, Japan oder Korea um das Dreifache, wenngleich die Produktivität pro Fläche in den anderen drei Ländern wesentlich höher liegt als in Thailand (13). Auch war das Bodeneigentum weit gestreut und das Pachtwesen - ganz im Gegensatz zu anderen Ländern Südostasiens - verhältnismäßig unbedeutend. Von den 3,2 Mio. Landwirtschaftsbetrieben waren im Jahre 1963 66 % reine Eigentumsbetriebe, 10,5 % vollständige Pachtbetriebe und 20,4 % "gemischte" Betriebe von "Zupachtbauern". Auch das Einkommen war hoch genug, um nie unter das Existenzminimum zu sinken.

Die drei oben angeführten Faktoren (kein koloniales Schicksal, Buddhismus, gesunde Verhältnisse auf dem Lande) beginnen sich allerdings in jüngster Zeit nachgerade in ihr Gegenteil zu verkehren.

a. Die intensive Präsenz amerikanischer Truppen in Thailand, vor allem seit dem vollen Ausbruch des Vietnamkrieges, sowie der immer fühlbarer werdende "Einstieg" der japanischen Wirtschaft in Thailand haben in politisch bewußten Kreisen das Gefühl einer äußeren Bedrohung ansteigen lassen. Zunächst einmal war es die Begegnung mit Tausenden von Ausländern, vor allem amerikanischen Soldaten, die das bis dahin weitgehend isoliert lebende Volk der Thai nicht nur in Bangkok, sondern auch in abgelegenen Gebieten, wie z.B. in Chiangmai, traumatisch berührt hat. Schockierend wirkte hierbei vor allem der Verfall der Sitten, in den viele städtische Regionen hineingerieten. Der Strudel, der sich hier bildete, zog auch ländliche Gebiete in Mitleidenschaft.

Während die Amerikaner sich langsam zurückziehen beginnen (immer noch aber bleibt ein mächtiger Touristenstrom), wird auf der anderen Seite die vom japanischen "Neokolonialismus" ausgehende Bedrohung als besorgniserregend angesehen. Bereits 1972 haben Boykottaufrufe gegenüber japanischen Waren erste Anzeichen dafür gesetzt, daß Teile der Bevölkerung den neueren Entwicklungen nicht mehr apathisch zusehen wollen.

b. Nicht zuletzt aber beginnt sich im landwirtschaftlichen Bereich, wo ja die Mehrheit der thailändischen Bevölkerung lebt, ein Strukturwandel anzubahnen, dem - sollte ihm nicht rechtzeitig Einhalt geboten werden - auf lange Sicht die Revolutionierung Thailands folgen könnte: Die bisher als so wohlthuend empfundene Dispositionsfreiheit des thailändischen Bauern führte in der Praxis zu immer weitgehenderer Bodenzerstückelung, die von Fachleuten schon heute als alarmierend bezeichnet wird (14). Besonders verheerend wirkt sich hier die Erbfolge in der ländlichen Sozialordnung Thailands aus: Es gilt das Prinzip der gleichen Teilung, so daß Grund und Boden in so viele Teile zerlegt werden, als Erben vorhanden sind (15). Yano, ein japanischer Landwirtschaftsspezialist, fand bei seinen Feldforschungen z.B. einen Fall, in dem ein Rai (= 0,16 ha) unter sieben Kinder aufgeteilt wurde! (16).

Da gleichzeitig der Populationsdruck zunimmt und die Bevölkerung nur geringe Mobilität zeigt, besteht die Tendenz eines ständigen Absinkens der bäuerlichen Betriebsgröße. Noch 1953 rechnete man mit 4,1 ha pro Betrieb, 1963 waren es dagegen nur noch 3,5 ha (17).

Wenn oben vom freien Bauerntum und von der weitgehenden Abwesenheit des Pachtwesens die Rede war, so gilt dies nur

aus der nationalen Perspektive. Aus der Sicht einzelner Regionen stellt sich das Problem weitaus ernster dar. Am bedenklichsten ist die Situation in den Provinzen rund um Bangkok, wo sich eine Konzentration des Grundbesitzes in den Händen weniger "abwesender Landlords" anbahnt. Viele in Bangkok reich gewordene Unternehmer legen ihr Geld nicht (nach "kapitalistischen Gepflogenheiten") in Kapitalwerten, sondern - ganz "feudalistisch" - in Bodenbesitz an. Folge dieser Bodenaufkäufe ist es, daß die Zahl der landlosen Bauern in Zentral-Thailand zunimmt, und daß damit - den Gesetzen des Marktes folgend - auch die Pachtraten ansteigen (18). Für die wohlhabenden Militärs, Industriellen, Beamten und Kaufleute, die sich in der Umgebung Bangkoks als "Bodensammler" betätigen, wird der Grundbesitz eine Quelle von arbeitslosem Einkommen auf Kosten einer zunehmend "geschröpften" Bauernschicht. Damit beginnt in einem Land, das bisher - wie kaum ein anderes - frei war von größeren Bauernkonflikten, die Hydra der Ausbeutung um sich zu greifen.

Gewisse Konfliktursachen könnten nach und nach auch aus den wachsenden Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land entstehen. Während eine ländliche Familie 1963 im Durchschnitt 6 609 Baht an Einkommen bezog, verfügte eine urbane Familie im gleichen Zeitraum über 13 090 Baht (19). Noch krasser sind die Einkommensunterschiede zwischen Bangkok und den ländlichen Gebieten im allgemeinen. Hier verdient der ländliche Thai nur 35 % des Einkommens des städtischen Thai. Am krassesten zeigen sich diese Entwicklungen schließlich im Unterschied zwischen den Einkünften einer Bangkok-Familie (jährlich 18 231 Baht) und einer Familie in der Nordostregion (2 986 Baht) (20). Alarmierend sind solche Zahlenverhältnisse deshalb, weil die Disparitäten seit 1963 nicht etwa kleiner, sondern im Gegenteil rapide größer wurden.

c. Auch der Buddhismus, der im traditionellen Thailand so unumschränkt das soziale und geistige Leben geprägt hatte, beginnt an einigen Stellen (Städte!) abzubrockeln, kann aber vor allem - und hier taucht ein im vorliegenden Zusammenhang besonders wichtiger Punkt auf! - dort keine integrierende Wirkung entfalten, wo starke Minderheiten anderen Bekenntnisses in sozialer Misere leben. (20a)

Hier ist ein Punkt berührt, der für die weitere Analyse von Wichtigkeit ist. Es sollte zu denken geben, daß die wichtigsten "Befreiungs"-Impulse bisher im allgemeinen nur von unterdrückten Minderheiten ausgingen. Dabei ist es bezeichnend, daß die meisten Anhänger der Aufständischen, etwa im Nordosten, nicht Kommunisten sind. Es ist wohl nicht zuviel behauptet, wenn man die Hypothese wagt, daß die immer mehr um sich greifenden Aufstände weniger durch authentisch kommunistische Antriebe motiviert als vielmehr durch diskriminatorische Maßnahmen gegenüber den nicht autochthonen Thais ausgelöst sind.

Dies gilt besonders im Zusammenhang mit den "hill tribes" im Norden, trifft aber auch für die Thai-Moslems im Süden zu. Etwas weniger klar ist die Situation der "Thai-Laoten" im Nordosten. Die dort leben-

den 12 Mio. Einwohner sind zwar ethnisch Thais und sprechen auch einen Dialekt, der mit dem "Hochthai" eng verwandt ist. Ethnische Identität darf aber nicht nur nach Maßgabe objektiver Kriterien (linguistische, kulturelle oder soziale Ähnlichkeiten) gemessen werden, sondern bestimmt sich hauptsächlich nach dem Grade der ethnischen Selbsteinschätzung, also einem subjektiven Maßstab. So gesehen, bestehen gewiß zahlreiche Unterschiede zwischen den Thai-Laoten einerseits und den Bewohnern Bangkoks sowie der thailändischen Zentralebene andererseits. Je mehr der "ethnische Imperialismus" der Thai-Regierung sich im Nordosten bemerkbar machte, um so mehr wurden sich die dortigen Bewohner ihrer Besonderheiten bewußt. Ein häufig ausgesprochener Satz lautet z. B.: "Die Leute aus Bangkok schauen auf uns herab und betrachten uns als 'Landpomeranzen', die kein ordentliches Thai sprechen können" (21). Im übrigen fühlt man sich mit den Laoten näher verwandt als mit den Landsleuten in Bangkok und in der Zentralebene. Vor allem verwandtschaftliche Bande führen hinüber nach Laos. Auch bevorzugen viele Thai-Laoten, ihr Radio auf Laos einzustellen. Es herrscht das Gefühl vor, daß die Laoten "eher mit uns verwandt sind als die Thais" (22). Manchmal fällt auch die Bemerkung: "Der Abkunft nach sind wir Laoten, aber der Staatsangehörigkeit nach Thais" (23). Diese "Isan-Lao"-Identität ist nicht nur Ausdruck eines zweckfreien Lokalismus, sondern erfährt gerade dann eine besondere Intensivierung, wenn Bangkok eine spürbarere Annäherungspolitik betreibt. Mißtrauen, Ressentiments und Antipathie "des Thai-Laoten" führen dann zu einem starken "Wir-Gefühl", das mit Abwehr verbunden ist (24). Der Nordosten hat zwar als letzte von den drei kritischen Regionen das Bewußtsein einer regionalen Identität entwickelt. Doch scheint dieser langsame Start einen um so schnelleren Antritt ermöglicht zu haben (25).

Nun hat es allerdings Siam im Laufe seiner langen Geschichte immer wieder mit Geschick verstanden, kulturelle und sprachliche Minoritäten in die nationale Gemeinschaft zu integrieren. Die frühen Thai-Königreiche von Sukothai und Ayuttaya hatten große Mon- und Khmermassen zu absorbieren, vor allem im 13. und 15. Jh. Im späteren Ayuttaya-Königreich gelang es, zahlreiche Gefangene der Khmer, Cham, Vietnamesen, Malayen, Mon und Birmanen einzugliedern (Die Eroberung Angkors im Jahre 1430 führte dann freilich auch zu einer Khmerisierung der Kultur Ayuttayas!). Noch während der Ayuttaya-Zeit, vor allem aber mit Beginn der Bangkok-Ära (1767 - 1932) galt es, Zehntausende von zugewanderten Chinesen zu assimilieren. Auch dieser Prozeß wurde schließlich erfolgreich abgeschlossen. Seit rd. 150 - 200 Jahren ist dem Lande die Aufgabe gestellt, die vielfach nomadischen "hill tribes" im Norden zu integrieren. Auch die Assimilationsprobleme im Süden und Nordosten sind neueren Datums. Wäre die Geschichte weiter in ihren traditionellen Bahnen verlaufen, hätte Thailand sicher eines Tages auch mit diesen neueren Einordnungsproblemen fertig werden können.

Seit sich allerdings "revolutionäre Kräfte", vor allem in den kritischen Regionen, zu regen beginnen, haben die "Widersprüche" zwischen Bangkok und den drei kritischen Außenregionen im Norden, Nordosten und Süden beinahe antagonistischen Charakter angenommen.

Bevor jedoch auf diese "Pulverfaßgegenden" einzugehen ist, sollen hier zunächst die einzelnen revolutionären Organisationen in ihrer historischen Entwicklung und funktionellen Bedeutung kurz skizziert werden:

1. Zu erwähnen ist in erster Linie die Kommunistische Partei Thailands. Ihre Geschichte ist schnell erzählt: 1928 gegründet, 1933 verboten, im Zweiten Weltkrieg wichtiger Träger der Widerstandsbewegung gegen die Japaner, nach dem Zweiten Weltkrieg (Einfluß Pridis!) erneute legale Tätigkeit, 1952 Verbot, seitdem illegal.

Eines der bedeutendsten KP-Mitglieder, Pridi Phamyong, der 1932 bei der Umwandlung der absoluten in eine konstitutionelle Monarchie entscheidend mitwirkte, hatte bereits 1933 einen Plan zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung Thailands vorgelegt. Es sollte eine vom Staat gelenkte Zentralverwaltung aufgebaut, das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt, die bisherige Eigentümerschaft durch Staats-Schuldscheine abgefunden und das wuchernde System der Privilegien abgebaut werden. Pridi mußte später eine Zeitlang außer Landes gehen, rückte zwischen 1944 und 1947 abermals in oberste Führungsgremien auf, mußte dann jedoch ins Exil nach China fliehen, von wo aus er auch heute noch die thailändische Untergrundbewegung mitbeeinflusst.

Ihrem Programm nach zielt die Partei - ganz im Geiste Pridis - auf Errichtung eines Staatssozialismus, auf "patriotische" Rückbesinnung, auf außenpolitische Orientierung in Richtung China sowie auf Ablehnung der SEATO und des Bündnisses mit den USA hin. (Zum Zehn-Punkte-Programm vom 21. Jan. 1969 vgl. Näheres unter B II "4. Phase"). Die Zusammensetzung der Partei ist typisch für das innere Gefüge der illegalen KPs in Asien überhaupt: Gerade das Bauernelement, das in agrarisch so stark geprägten Gesellschaften wie denen Südostasiens wichtig wäre, ist schwach vertreten. Entscheidende Positionen werden fast nur von Intellektuellen eingenommen (26).

Ähnlich wie in Laos und Kambodscha tritt die KPTh nur selten offen in Erscheinung und betätigt sich zumeist als unsichtbare graue Eminenz hinter den Frontorganisationen sowie hinter den Streitkräften. Erst seit 1967 wird sie vor allem von den chinesischen Publikationsorganen häufiger erwähnt.

## 2. Massenorganisationen

a) Offensichtlich in engem Zusammenhang mit den seit 1964 aufflammenden vietnamesischen Kämpfen gegen die USA (nach dem Zwischenfall im Golf von Tonking) gab die "Stimme des Volkes von Thailand", ein geheimer Partisanensender, der mit chinesischer Unterstützung seit 1962

betrieben wird, das Manifest einer bis dahin unbekanntenen - und wahrscheinlich erst 1964 gegründeten - Massenorganisation, der "Thailändischen Unabhängigkeitsbewegung" (TIM = nach "Thailand Independence Movement") bekannt. Das Manifest wurde auch von der chinesischen Agentur Hsinhua, von Radio Peking sowie von den Sendestationen Hanoi und des Pathet Lao übernommen.

b) Am 1. Jan. 1965 bereits konstituierte sich eine weitere Organisation, die "Thailändische Patriotische Front" (TPF), die in einem Sechs-Punkte-Programm zum Kampf gegen den US-Imperialismus, zum Rückzug Thailands aus der SEATO und zur Errichtung diplomatischer Beziehungen mit Peking aufrief und dabei an alle patriotischen Kräfte appellierte (27).

TIM und TPF errichteten noch im gleichen Jahr ständige Missionen in Peking. Beide Frontorganisationen nahmen auch an zahlreichen internationalen Treffen, so an der Drei-Kontinente-Konferenz in Havanna (Januar 1966), der Afro-asiatischen Volkssolidaritäts-Konferenz in Accra (Mai 1965) und der Internationalen Arbeitssolidaritäts-Konferenz in Hanoi, teil.

c) Neben diesen beiden Frontorganisationen entstanden noch andere Vereinigungen, so die Thailändische Patriotische Jugendorganisation, die Vereinigung Patriotischer Arbeiter, die Thai-Mönchsgruppe, die Patriotische Lehrergemeinschaft, die Befreiungsgruppe der Bauern und Pflanzler, die Arbeitsgruppe der Südlichen Gummipflanzler, die Patriotische Kämpfergruppe und ähnliche, eher obskure, Gruppierungen (28).

d) All diese Zusammenschlüsse, die von TIM und TPF weit in den Schatten gestellt wurden, vereinigten sich im Dezember 1965 zur "Vereinigten Patriotischen Front Thailands" (TUPF = "Thai United Patriotic Front"), mit der Folge, daß hier eine ähnlich einheitliche "Befreiungsfront" entstehen konnte wie in Südvietnam (NLF), in Palästina (Palästinensische Befreiungsorganisation), in Malaysia (Malayische Nationale Befreiungsliga) und in Kambodscha (Nationale Einheitsfront von Kambodscha).

e) Die TUPF errichtete ähnlich wie die anderen "Befreiungsbewegungen" eine Mission in Peking, tauschte mit chinesischen Massenorganisationen Grußbotschaften aus (29) und entschied sich - offensichtlich in enger Fühlungnahme mit der KPCh - auch für das chinesische Befreiungsmodell der "Linken Strategie" (Befreite Stützpunkt-Gebiete, eigene Armee, Autarkie, KP-Führung etc.).

f) Am 1. Januar 1969 schließlich wurde die "Thailändische Volksbefreiungsarmee" gegründet.

Aus der Sicht der thailändischen Kommunisten hatte der "bewaffnete Kampf des thailändischen Volkes" zwar bereits am 8. August 1965 begonnen, als bewaffnete Guerilleros im Dorfe Nonhi in Nordthailand drei Polizisten auf einem Streifenfang töteten (30). Dies war der erste "Funke des Präriefeuers", das sich - von Pekings Presseorganen nachhaltig unterstützt - langsam ausbreitete - wenn auch nicht zu einem "Steppenbrand", so doch zu bemerkenswerten Flächenbränden.

Die Politik des selektiven Liquidierens von Regierungsvertretern,

Lehrern und Dorfvorstehern wurde aber erst seit der Gründung der "VBA" mit System betrieben. Bereits in den zwei Monaten von Januar bis Februar 1969 kam es zu nicht weniger als 80 "selektiven" Morden an Regierungsvertretern. Besonders bestürzt reagierte die Öffentlichkeit, als drei ranghohe und als besonders tüchtig bekannte Beamte am 20. Sept. 1970 erschossen wurden. Die Regierung hatte damals eine Politik eingeleitet, Aufständischen, die sich freiwillig meldeten, Straffreiheit zuzusichern. Die drei Beamten wurden eingeladen, sich auf einer Waldlichtung an der laotisch-thailändischen Grenze einzufinden, um dort die Kapitulation einer Gruppe von Aufständischen entgegenzunehmen. Als sie an dem verabredeten Punkt eintrafen, wurden sie von Gewehrsalven niedergemäht (31).

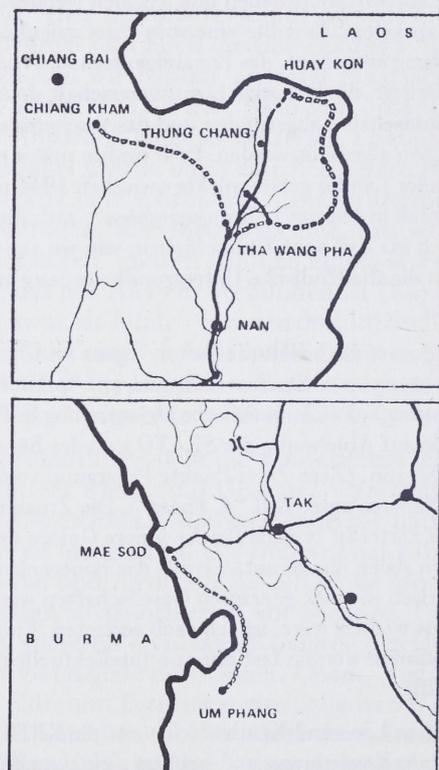
Es genügte freilich keineswegs, lediglich die "Lakaien" auszuschalten. Worauf es vor allem ankam, war die Mobilisierung der dörflichen Massen. Hierzu ließen sich die Aufständischen eine Reihe geschickter Taktiken einfallen. Bei ihren Aktionen kooperieren Kadergruppen von jeweils 30 bis 50 Mann, die teils als Propaganda-Trupps auftreten, zum Teil aber auch im Absicherungsdienst tätig sind. Meist verlassen diese Trupps im Schutze der Dunkelheit die Wälder, wo sie sich tagsüber versteckt halten, begeben sich in die naheliegenden Dörfer und veranstalten Unterhaltungsabende, während der Absicherungsdienst unterdessen draußen die Ansiedlung umstellt, um unvermutet auftauchende Polizei- oder Militäreinheiten abzuwehren. Ein solcher Unterhaltungsabend nimmt etwa folgenden Verlauf: Zunächst werden die Bauern in die Dorfhalle oder in den Dorftempel eingeladen und mit Filmen, Tonbandmusik, Tanz und Laienspieltheater unterhalten und aufgeklärt. Sobald die Stimmung genügend gelöst ist, fordern die Propagandisten ihre Gäste auf, über ihre Sorgen zu sprechen und ihre Wünsche zu Papier zu bringen. Diese "Bedürfniskataloge" (32) geben den Bauern nicht nur Gelegenheit, ihre Sorgen zu verbalisieren, sondern können später notfalls als Druckmittel verwendet werden, um den Bauern Schweigen zu gebieten, falls sie sich einmal versucht fühlen sollten, den Regierungstruppen gegenüber Angaben zu machen. Die Guerilleros sorgen auf diese geschickte Weise dafür, daß die Bauern auch wirklich das Gefühl haben, "mit ihnen unter einer Decke zu stecken".

Meist füllen die Propagandisten im Zusammenhang mit solchen Werbeabenden auch ihren Lebensmittelvorrat auf, für den sie allerdings - gemäß dem Grundsatz Maos - "dem Volk keine Nadel und keinen Faden" wegzunehmen - adäquat bezahlen. Manchmal gelingt es ihnen, den einen oder anderen Dörfler anzuwerben, um ihn - nach einigen Monaten intensiver Guerilla-Schulung - wieder als Kontaktmann ins Dorf zurückzuschicken (33).

Aktionen dieser Art mochten noch angehen, solange sie sich in den problematischen Nord- und Nordost-

gebieten ereigneten. Ende 1971 zeigte es sich jedoch, daß der harte Kern einiger kommunistischer Vortrupps sich sogar in die zentrale Ebene vorgearbeitet hatte, wo "echte Thais" angesiedelt sind. U.a. wurde ein Netz in der Provinz Khonkaen entdeckt. Auch hier gab es Ansatzpunkte, die sich die aufständischen Propagandatrupps zunutze machen konnten: Mangel an Wasser, armselige Böden, bürokratische Schikanen und Korruption (34).

Zu einem ernsthaften Hindernis sind die Aufständischen auch im Zusammenhang mit jenen Straßenbauten geworden, die Bangkok veranstaltet, um das nordöstliche Gebiet besser in den Griff zu bekommen. Es handelt sich hier vor allem um vier Straßen, die im Frühjahr 1974 fertiggestellt werden sollen. Die Bautrupps haben inzwischen zu spüren bekommen, auf welche gefährliche Arbeit sie sich eingelassen haben. Als besonders riskant erweist sich in der Nan-Provinz der Bau der Straße von Tha Wang Pha nach Huay Kon, die sich am Mekong entlangschlängelt, und zwar in einer Gegend gegenüber Laos, die als besonders infiltrationsverdächtig gilt (35).



Nach und nach kam in die Guerilla-Aktionen auch System: Anfang 1972 schien es, als ob die Aufständischen ihre militärischen Kampagnen im Nordosten eng mit den kommunistischen Trockenzeitoffensiven in Laos und Kambodscha koordinierten. Der Druck auf die in der Sisaket-Provinz stationierten Regierungstruppen wurde in der Tat besonders fühlbar, als die königlich-laotische Armee auf der Ebene der Tonkrüge, sowie General Vang Paos Armee in Long Cheng Rückschläge erlitten hatte, woraufhin stärkere kommunisti-

sche Kräfte auch für den Angriff auf thailändische Truppen abgezweigt werden konnten (36).

Neben Akte selektiven Terrors sind damit also bereits auch planvolle Aktionen größeren Stils getreten.

All dies hat die Frage aufkommen lassen, ob Thailand zum "nächsten Vietnam" werde. Die Antwort hängt nicht nur von der Stabilität des Landes und von den Erfolgen des Communist Suppression Operations Command ab, sondern nicht zuletzt auch von der Fähigkeit der Regierung in Bangkok, sich vor allem mit Nordvietnam und der VRCh zu arrangieren und dadurch zu erreichen, daß diese beiden Mächte ihre Unterstützung für die thailändischen Insurgenten aufgeben.

Vorerst freilich scheint es, als ob Peking und Hanoi eine Art Arbeitsteilung bei der Unterstützung der Aufständischen in Thailand eingegangen seien. Die Aufständischen im Norden scheinen überwiegend von China, jene im Nordosten von Hanoi aus unterstützt zu werden (37). In beiden Fällen aber sind sie einheitlich zur "Linken Strategie" (Befreite Stützpunkt-Gebiete, Volksstreitkräfte etc.) übergegangen. Die Voraussetzungen für ein solches Vorgehen sind günstig: Im Norden ist das Land nur rd. 120 km von der chinesischen Grenze entfernt. Im Osten liegt das weitgehend vom Pathet Lao beherrschte Königreich Laos, und jenseits dieses Gebietes befindet sich bereits Vietnam. Obwohl es 1972 in 35 der 72 Provinzen Thailands zu Konflikten zwischen Staatsmacht und Aufständischen gekommen war und deshalb eigentlich überall Aufmerksamkeit geboten war, konzentrierte sich der Kampf Bangkoks mit der Hydra des Insurgententums doch hauptsächlich auf drei Stellen, nämlich den Norden, den Nordosten und den Süden.

a) Im Norden sind es die rd. 300.000 Menschen umfassenden - von den Thais häufig nicht nur als "Wilde" und Außenseiter betrachteten, sondern auch behandelten - Stämme der Meo, Karen, Lahu, Lisu, Akha, Lawa und Yao (38), die bisher (manchmal noch nomadenhaft) in den Bergen gelebt und ihren Unterhalt zum Teil mit Opium-Anbau bestritten hatten. 1965 (vielleicht auch erst 1967) (39) begann die Regierung in Bangkok, vor allem die Meo, die Lahu und die Yao aus den Bergen in engere Nachbarschaft zu der staatstragenden Thai-Bevölkerung umzusiedeln. Einige Meo-Dörfer, deren Bevölkerung sich der Zwangsumsiedlung widersetzte, wurden mit Napalm-Bomben dem Erdboden gleichgemacht. Der Grund für diese rüden Maßnahmen lag einerseits in der Befürchtung, daß völkische Spannungen zu den Thais agitatorisch ausgenutzt werden könnten, ferner aber auch in dem Bestreben, den Raubbau, der von den Brandrodungen der Stämme verursacht wurde, und dem wertvolle Holzbestände zum Opfer fielen, zu unterbinden. Letzten Endes ging es darum, die Aufsässigkeit, vor allem der Meos, zu brechen, eine Aufsässigkeit, die freilich wiederum durch den Kampf Bangkoks gegen den traditionellen Opium-Anbau ausgelöst worden war, bei dem Regierungsbeamte entweder vorgefundene Opium-

bestände verbrannten oder aber Gewinne aus Opiumverkäufen beschlagnahmten. Zugleich wurde den "hill tribes" jeglicher Anbau von Schlafmohn verboten.

Die an das freie Leben in den Bergen gewöhnten Meo verabscheuen das Wohnen in Reservaten, zumal sie dort strenger Kontrolle unterworfen sind, ungünstige Bedingungen vorfinden (z. B. Wassermangel) und überdies beim Handel mit der kommerziell tüchtigeren Thai-Bevölkerung häufig übervorteilt werden.

Von den 60.000 Meos sollen deshalb 1971 nicht weniger als 5.000 zu den Waffen gegen Regierungstruppen gegriffen haben (40).

Ausgelöst wurden diese Unruhen durch eingeschleuste Agitatoren, die bei den Angehörigen der Bergstämme um Vertrauen warben, indem sie Ratschläge zum verbesserten Mohnanbau erteilten und vor allem den Vertrieb des Opium organisierten (Auf ähnliche Weise sicherten sich übrigens - auf der anderen Seite der Grenze, nämlich in Laos - die Amerikaner das Vertrauen der dortigen vietcongfeindlichen Meo!).

Die Meobebevölkerung bietet sich auch deshalb als trojanisches Pferd für das nordthailändische Insurgententum an, weil ihre Stämme über mehrere Staaten Südostasiens und Südchinas verbreitet sind. Im chinesischen Yünnan leben etwa 4 Mio. Meos, in Laos etwa 1 Mio. Vor allem in den Provinzen Nan, Loei, Chiengrai findet eine intensive Fluktuation zu den Nachbarländern Laos, Birma - und weiter entfernt zu Nordvietnam und China - statt (41).

Die eingesickerten Guerilleros führten auch Schusswaffen mit sich und bildeten Teile der Bevölkerung an der Waffe aus. Vereinzelt wurden die mit dem Dschungelleben vertrauten Stammesangehörigen ins Ausland gebracht und erhielten dort - vor allem in China und in Nordvietnam - eine Ausbildung im Gebrauch von M3-Gewehren, chinesischen Handgranaten und Landminen, Schnellfeuerwaffen und tschechischen Maschinengewehren (42).

Die Gegenmaßnahmen der Regierung in Bangkok erwiesen sich bisher meist als stumpfe Waffe: Allerdings hat das Communist Suppression Operations Command inzwischen eingesehen, daß die Umsiedlung als solche die Anfälligkeit der Bergstämme für kommunistische Unterwanderungsversuche nicht etwa mindert, sondern sie im Gegenteil noch erhöht. Nicht zuletzt deshalb ist man in jüngerer Zeit dazu übergegangen, die Bergvölker in ihren Regionen zu belassen und ihnen dort an Stelle der verbotenen Opiumproduktion neue Möglichkeiten zur Schaffung einer befriedigenden Existenzgrundlage zu vermitteln, z. B. durch Tierzucht und den Anbau von Edelfrüchten. Mit dem Anbau von Schlafmohn verdient eine Meo-Familie beispielsweise durchschnittlich 150 - 250 US-Dollar im Jahr, mit Edelfrüchten nach den bisherigen Erfahrungen 200 - 600 US-Dollar (43). Die thailändische Königsfamilie hat inzwischen einen Hill-Tribes-Program-Fund eingerichtet, mit dessen Geldern genossenschaftlich geführte Läden, Zuchttiere und auch Versuchsstationen für Obstbäume und andere Pflanzen finanziert werden. Ob allerdings die "Montagnards" die in den letzten Jahren so häufigen militärischen Überreaktionen (Napalm, Umsiedlung, resettlement camps etc.) sowie die ihnen von allen Seiten entgegenschlagende Verachtung der Thais so schnell vergessen können, ist eine andere Frage.

b) Wesentlich explosiver als das Bergstämmeproblem im Norden ist die etwa ein Drittel des Staatsgebietes umfassende Krisenregion im Nordosten, wo 12 der 38 Mio. Thais, die "Thailaoten" (Näheres oben), in wirtschaftlicher Bedrängnis leben. Dieses geographisch isolierte, in der Güte des Bodens und im Klima benachteiligte sowie von Bangkok lange Zeit sträflich vernachlässigte und daher zum Armenhaus des Landes degradierte Gebiet, dessen Grenze zu Laos unübersichtlich ist und in dem der Separatismus einen gesunden Nährboden hat, eignet sich vorzüglich für Infiltrationen und Subversionen aller Art. Während sich das Brutto-sozialprodukt im übrigen Thailand von 1962 - 1968 verdoppelt hat, ist der Anteil im Nordosten fast unverändert geblieben. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug im Landesdurchschnitt noch 1970 145 US-Dollar, im Nordosten dagegen nur 28 US-Dollar. Angesichts des starken Bevölkerungszuwachses von nicht weniger als 3 % wächst überdies das Ausmaß der "verdeckten" Arbeitslosigkeit (z. B. zahllose "verschlafene" Rikschafahrer), zumal ja neben der Landwirtschaft nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Auch herrschen gesundheitswidrige Verhältnisse (Ärztmangel, unsauberes Trinkwasser, weite Verbreitung der Hepatitis usw.). Die Bewässerungssysteme sind hoffnungslos veraltet, das Verkehrsnetz ist unzureichend, und die Bauern verfügen kaum über moderne Maschinen. Überdies steht ihnen wenig Kapital zur Verfügung, mit dem sich notwendige Investitionen finanzieren ließen (44). Thailand müßte seine Produktion stärker diversifizieren, statt sich, wie bisher, hauptsächlich auf den Reisanbau zu beschränken. Dazu aber bedarf es der Umschulung und einer ausreichenden Kapitalbasis. Verschlimmert werden diese Zustände noch durch Unregelmäßigkeiten in den Provinzverwaltungen sowie durch Vernachlässigung der Bildungs- und Erziehungspolitik. Bedenkt man überdies, daß im Nordosten neben den zahlreichen Laoten noch vietnamesische Minderheiten von rd. 45.000 Menschen leben, die - wegen ihrer Hanoi-Orientierung - von der Thai-Regierung besonders mißtrauisch und manchmal schikanös überwacht werden, so läßt sich denken, daß kommunistische Agitatoren dort "wie Fische im Wasser" leben können, zumal "gleich nebenan" der Pathet Lao und der Vietcong herrschen. Die sozialen Probleme sind, langfristig gesehen, so gravierend, daß sie den Panzer der politischen Apathie der Thailaoten an vielen Stellen durchstoßen haben. Die Partisanen konnten unter diesen Umständen eine weiträumige revolutionäre Infrastruktur in den bergigen Randländern dieses Gebiets aufbauen und wagten es Mitte 1971 bereits, sich bis in die Zentralebene vorzutasten (45). 1971 trugen sie in synchronisierter Zusammenarbeit in der kommunistischen Trockensaison-Offensive in Laos und Kambodscha militärische Kampagnen gegen die Zentralregierung in Bangkok vor (46).

c) Das dritte größere politische Erdbebengebiet, das der Regierung allerdings weit weniger Kopfzerbrechen bereitet als der Nordosten, liegt im Süden, wo eine Irredenta-Bewegung der Thai-Moslems die Loslösung vom buddhistischen Königreich Thailand anstreben. In diesem Gebiet hatte es ein jahrhundertlanges Tauziehen zwischen den mohammedanischen Malayen und den buddhistischen Thais gegeben. Nach-

dem die Siamesen bereits in den Jahren 1603, 1632 und 1633 die sieben Staaten des malayischen Königreiches Pattani gestürmt hatten, gelang ihnen 1786 dessen Unterwerfung. Die Thais hatten eine wenig glückliche Hand in der Verwaltung dieser eroberten Gebiete. Sie richteten den Sultan hin, beuteten die Einwohner aus und schickten Regierungsbeamte, die weder für den Islam Verständnis hatten, noch die Sprache der dortigen Bevölkerung beherrschten (47). Erbittert über das mangelnde malayische Interesse an einer Rückgewinnung der "verlorenen Gebiete", angespannt ferner vom Kampf um das Überleben der islamischen Religion und der kulturellen Eigenständigkeit sowie enttäuscht über die Gleichgültigkeit Bangkoks gegenüber den fünf betroffenen Südprovinzen (Nava Thiwat, Yala, Pattani, Songkhla, Satun, vgl. Karte Nr. 3), fordern Moslemführer die Wiederherstellung des alten Staates Pattani als unabhängige Republik. Besonders aktiv ist die links unterwanderte Unabhängigkeitsbewegung mit dem Namen "Nationale Befreiungsfront der Republik Pattani", die sich (1971) aus einer Kerntruppe von rd. 1.000 Mann zusammensetzt (48). An der Spitze dieser separatistischen Bewegung kämpfen Teilkräfte der kommunistischen Guerillabewegung Malaysias, die die dortige "Emergency" von 1948 - 1960 überlebt und mehr oder weniger sicheren Unterschlupf bei den Thai-Moslems gefunden hatten (49). Ihr Kampf gilt freilich nicht so sehr der Regierung in Bangkok als vielmehr jener in Kuala Lumpur. Insofern handelt es sich hier um "Befreiungsbewegungen" mit durchaus divergierenden Zielsetzungen. In Kuala Lumpur hat man dies schon lange erkannt. In Bangkok dagegen hatte man die Unruhen in den vier Südprovinzen geraume Zeit als lediglich separatistische Phänomene betrachtet. Seit etwa 1969 schaltete man auf "kommunistische Bedrohung". Man glaubte plötzlich Ähnlichkeiten zwischen den Überfällen hier und den Zuständen in Südvietnam zwischen 1956 und 1960 zu entdecken, also Einzelaktionen, denen später ein Guerillakrieg auf breiter Front folgte. Seit 1970 nun arbeiten Bangkok und Kuala Lumpur auf dem Gebiet der gemeinsamen Guerillabekämpfung zusammen (z.B. haben beide Seiten das Recht, bei Verfolgung der Aufständischen in den Grenzraum des Nachbarn einzudringen!). Diese Verfolgung hat sich allerdings als recht kompliziert erwiesen; denn die Aktionen der Guerilleros werden hier begünstigt durch Dschungel und Berge, die sich als Rückzugsgebiete geradezu anbieten.

Alles in allem hat die thailändische Regierung auch im Süden noch nicht das richtige Rezept für die Behandlung der sozialen Krankheiten gefunden. Die Antwort auf die nicht gerade seltenen Herausforderungen (Überfälle auf Polizeistationen, Gewalttaten gegen Zivilbeamte, Anschläge gegen antikommunistische Versammlungen, Verteilung kommunistischen Propagandamaterials) war bisher fast ausschließlich militärischer Natur. Man hat jedoch inzwischen einsehen gelernt, daß verstärkter Einsatz von Hubschraubern und Eliteeinheiten der Polizei allein nur dazu führen, an den Symptomen herumzukurieren, statt dem Übel an die Wurzel zu gehen. Auch reine Umsiedlungsaktionen im Grenzgebiet erwiesen sich als stumpfe Waffe. Die Zeit wäre auch hier überfällig für sozialstrategische Innovationen, vor allem für eine bessere Minderheitenpolitik.

Die Situation, wie sie oben in drei Abschnitten beschrieben wurde, hat sich auch in den letzten zwei Jahren keineswegs gebessert, sondern, im Gegenteil, zuungun-

sten Bangkoks verschlechtert. Im Norden gerieten ganze Areale unter die militärisch politische Hegemonie der aufständischen Stämme. Mehrere Distrikte der Provinzen Nan und Chiengrai (nahe der laotischen Grenze) wurden zu "besonderen Aufstandszonen" erklärt und können von den Regierungstruppen nur noch in großen Einheiten durchforstet werden.

Besonders gefährdet ist auch die "Drei-Provinzen"-Zone Phitsnulok - Loei - Phetchabun, in der die Regierungstruppen sich gleichfalls kaum durchsetzen konnten. Nicht einmal die 10.000 Mann starke 1. Division, die 1972 ihre Garnisonen in Bangkok zu verlassen hatte und in diesem Gebiet eingesetzt wurde, vermochte entscheidende strategische Durchbrüche zu erzielen.

d) Im Vergleich zu den hier im einzelnen erörterten, regional akzentuierten Aufstandsbewegungen wird die oft zitierte und beschworene Gefahr der thailändischen Inlandschinesen meist übertrieben. Dieses Problem ist in Thailand weniger gravierend als in anderen asiatischen Staaten. Während die eliteorientierten Chinesen sich in den ehemals französischen Kolonien französisiert, in den englischen angliert und in Indonesien hollandisiert haben, blieben sie in dem kolonial nie unterjochten Thailand stets in enger Tuchfühlung mit der thailändischen Elite, auch wenn sie, wie spätere Thainationalisten es wahrhaben wollten, um nichts in der Welt zu assimilieren waren. Immerhin verfügten sie ja über eigene Schulen, hatten sich im Laufe der Zeit zahlreiche Handelsmonopole gesichert (Transport, Reismühlen etc.) und lebten auch zum größten Teil in selbstgewählten "Ghettos" (Chinatown in Bangkok z.B.).

Die ersten Chinesen waren bereits im 13. und 14. Jh. nach Thailand eingewandert und dort im Dienste des Königs und der siamesischen Bürokratie bald zu Ansehen gekommen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Einwanderung im 19. Jh. Bald belief sich die Zahl der Immigranten auf etwa 3,5 Mio. Damit machten sie fast ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus. Vor allem in der Hauptstadt Bangkok waren bald mehr Chinesen als Thais.

Ein eigentliches "Auslandschinesenproblem" kam allerdings erst mit dem Entstehen des Thai-Nationalismus auf. Vor allem der Staatsstreich von 1932 brachte hier eine grundsätzliche Wende. Bisher hatten die im Handel so tüchtigen Auslandschinesen immer nur einem Herren zu dienen, nämlich dem König, und waren dabei stets gut gefahren. Von nun an aber galt es, vor allem angesichts der häufigen Staatsstrieche, auf die Politik verschiedener Machthaber zu achten.

Einer der unnachgiebigsten Exponenten des Thai-Nationalismus, Phibun Songkhrum, der 1938 an die Macht kam, setzte zahlreiche Maßnahmen der Assimilierungspolitik sowie der wirtschaftlichen Thaisierung durch. Die Regierung Phibun beließ es nicht bei gesetzgebenden Maßnahmen, sondern appellierte darüberhinaus an jeden Thai-Patrioten, in Zukunft keinen Ausländer (sprich: Chinesen) mehr zu heiraten, nur noch Lebensmittel zu konsumieren, die von Thais produziert seien, und überhaupt Waren chinesischer Herkunft zu boy-

kottieren. Diese antichinesische Politik wurde noch verschärft, als japanische Truppen am 8. Dez. 1941 in Thailand landeten.

Nach dem Kriege, als die Phibun-Regierung für kurze Zeit eliminiert war, zeichnete sich eine Lockerung der bisher so antichinesischen Politik ab. Als freilich Phibun aufgrund eines Staatsstreiches vom 8. Nov. 1947 erneut an die Macht kam, setzte er seine alte diskriminatorische Politik fort. Insbesondere in den Monaten Mai und Juni des Jahres 1948 wurden zahlreiche chinesische Schulen geschlossen sowie Lehrer und Schullehrer verhaftet.

Der chinesischen Gemeinde in Thailand schienen harte Jahre bevorzustehen. Doch da trat 1955 eine überraschende Wendung zum Besseren ein. Phibun verkündete eine neue Ära der Politik gegenüber "Ausländern". Die Gründe? Einige Spekulationen gingen dahin, daß Phibun von seinen amerikanischen Ratgebern zu diesem Kurswechsel überredet worden sei. Andere meinen, daß die Politik der Bandung-Konferenz (April 1955) habe Rechnung tragen wollen. Darüberhinaus habe die thailändische Regierung inzwischen eingesehen, daß es nicht ratsam sei, durch weitere Diskriminierungsmaßnahmen die Chinesen Thailands zu einem Trojanischen Pferd für sinokommunistische Einflüsse in Thailand werden zu lassen (50).

Diese Politik des "milden Containment" wurde auch unter Marschall Sarit fortgesetzt, der im September 1957 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war. Seitdem ist die Haltung der thailändischen Regierung gegenüber den Inlandschinesen zwar immer noch schwankend, doch vergleichsweise milde, wenn man sie etwa mit der langjährigen Politik Djakartas gegenüber den Auslandschinesen in Indonesien vergleicht.

Einige der häufigsten diskriminatorischen Maßnahmen waren - und sind - beispielsweise:

- Verbot bestimmter Berufe für "Ausländer" (z. B. Herstellung von Buddha-Bildnissen, Friseurhandwerk, Salzherstellung, Reisanbau, Thai-Holzschnitzereien, Herstellung von Frauenkleidung, Taxibetrieb usw.);

- "Registrationsgebühren", deren Höhe von Jahr zu Jahr schwankt;

- Thaisierung des Erziehungswesens, u. a. durch Reglementierung des Chinesischunterrichts;

- Verbot von Landerwerb durch "Ausländer";

- weitere - "außerlegale" - Belastungen entstehen ferner durch "Sondergebühren" und "Geschenke", die sich die oft unwürdig bezahlten thailändischen Beamten immer wieder für gewisse Lizenzen und Dienstleistungen entrichten lassen.

Hindernisse dieser Art lassen sich freilich bei einiger Geschicklichkeit umgehen. So kommt es, daß die Restriktionen den chinesischen Wettbewerb zwar nicht ausgeschaltet, wohl aber spürbar erschwert haben. So werden beispielsweise zahlreiche verbotene Geschäfte von Chinesen weiterbetrieben, wenn auch nicht unter chinesischer, sondern unter thailändischer Firma. Thais sind hierbei meist stille Teilhaber, deren einzige Pflicht darin besteht, bei bestimmten Gelegenheiten zu erscheinen und ihre Dividenden entgegenzunehmen.

Wenn die Chinesen auch immer wieder wie eine Paria-Gemeinde behandelt werden, haben sie doch alle Chancen, auch in Zukunft

zu überleben: nicht nur deshalb, weil sie es verstanden haben, sich immer stärker zu assimilieren, sondern vor allem auch aus dem ganz einfachen Grunde, weil niemand gerne eine Gans schlachtet, die ihm die schönsten goldenen Eier legt.

Als es Ende der vierziger Jahre zu schweren Spannungen zwischen der chinesischen Gemeinde und der damaligen Phibun-Regierung kam, blickten die Chinesen noch auf Chiang Kai-shek. Heute sind sie mehr nach Peking hin orientiert. Die neue thailändische Regierung muß darauf achten, daß dieser potentielle Unsicherheitsfaktor, der in Zeiten eines abermals verschärften siamesischen Nationalismus wachsen könnte, nicht aktiviert wird.

Momentan sieht es nicht so aus, als ob die Probleme mit den Chinesen ähnliche Dimensionen annehmen könnten wie die Unruheherde im Norden, Nordosten und Süden des Landes.

### Gegenmaßnahmen der Regierung:

Der Antikommunismus, der genauso wie die Monarchie und der Buddhismus (Symbole der Einheit) und Nationalismus (Legitimationstitel der "herrschenden Klasse") der Systemstabilität dient, hat in Thailand eine lange Tradition: Die erste Welle rollte bereits 1933 an, als kurz nach Einführung der Konstitutionellen Monarchie die Sozialisten aus dem Kabinett gedrängt wurden, die Pressezensur eingeführt und ein Antikommunistengesetz erlassen wurde, das Mitgliedern dieser Partei Gefängnisstrafen bis zu 10 Jahren androhte. Verstärkt wurde diese Tendenz, als es - vor allem seit dem Sieg der Kommunisten in China und seit dem Koreakrieg - zu einer Reihe systemgefährdender Aktionen kam, deren einzelne Stationen hier nur stichwortartig angeführt werden:

- 1952: Aufdeckung eines angeblich von Moskau inszenierten Revolutionsversuchs
- 1953: Gründung der "autonomen" Thairegion in Südchina (Pridis "Freie Thai-Bewegung")
- 1954: Sieg der Vietminh, der sich auch im benachbarten Laos und Kambodscha bemerkbar machte
- 1962: Sieg der chinesischen Truppen bei den indisch-chinesischen Grenzgefechten (Daß die Sowjetunion den gefährlichen Konflikt zwischen Indien und Pakistan, in den ja auch China mitverwickelt war, 1966 in Taschkent zu schlichten vermochte, rechneten ihr die Thais hoch an)
- seit 1964 ff.: Bildung von Separatistenbewegungen und kommunistischen Gruppierungen vor allem in Nord-, Nordost- und Südthailand, wie sie oben i.e. geschildert wurden.

Vor allem unter dem Eindruck des Koreakrieges kam es ab 1952 zu weiteren großen Antikommunistenwellen. Vielfach waren davon nicht nur Oppositionelle im allgemeinen, sondern auch Inlandschinesen betroffen. Um den Buddhismus nicht zu einer ähnli-

chen Gefahr werden zu lassen wie in Südvietnam, wurde außerdem 1960 ein Gesetz erlassen, daß es den Mönchen, die ja im Massenkommunikationsprozeß einen garnicht hoch genug einzuschätzenden Einfluß ausüben, verbot, das Ausland zu besuchen, z. B. das kommunistische China.

Schon vor Beginn der eigentlichen "Kommunismus-Gefahr", die mit der Eskalation des amerikanischen Einsatzes in Vietnam voll zur Wirkung kam, hatte der "Antikommunismus" in Thailand bereits eine Formel zur Unterdrückung jeglicher Opposition abgegeben. Er breitete sich als "Hysterie" (51) auch unter den kleineren Beamten in den Provinzen aus. Politiker, die für soziale Veränderungen eintraten, wurden nicht selten als Kriminelle verfolgt. Ein Dorfpolizist, der sogen. "Kommunisten" festnahm, vergrößerte damit seine Aufstiegschancen. Wie nützlich das Vehikel des Antikommunismus war, begriffen bald auch die Bauern. Wenn sie wollten, daß Viehdiebe oder Räuber energischer verfolgt würden, so bedienten sie sich der Vokabel "Kommunist". All diese Phänomene waren umso erstaunlicher, als es auch beispielweise noch 1967 kaum mehr als 2000 eigentliche Kommunisten im ganzen Lande gegeben hatte!

Im Geiste dieser "Kreuzzugs"-Atmosphäre erging im April 1968 ein weiteres "Antikommunistengesetz", demzufolge Polizisten und Zivilbeamte auf lokaler Ebene schon auf Verdacht hin und ohne richterlichen Haftbefehl "Kommunisten" und deren "Sympathisanten" in Haft nehmen durften. Wer einmal hinter Schloß und Riegel saß, konnte nach dem Gesetz von der untersuchenden Behörde ohne Appellationsrecht bis zu 12 Monaten einbehalten werden. Die Bestrafung der als "Kommunisten Inkriminierten" (von 1 Jahr Gefängnis bis zu lebenslangem Zuchthaus oder Todesstrafe) wurde nicht ordentlichen Gerichten, sondern dem Staatsanwalt übertragen (52). Die Regierung in Bangkok ging aber nicht nur strafrechtlich vor, sondern verstärkte, um Thailand nicht zum "Domino-Gebiet Nr.4" werden zu lassen, seit 1965 ihre Polizeipatrouillen, baute vier Straßen (dazu oben) in den bisher so abgelegenen Nordosten, schickte immer mehr "mobile Entwicklungsteams" (MDU = Mobile Development Units) aus und koordinierte 1965 alle diese Maßnahmen mit Hilfe eines sogen. "Operationskommandos für die Unterdrückung der Kommunisten" (CSOC = Communist Suppression Operations Command), das die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den drei Säulen: Zivilbeamte, Polizei, Armee-Einheiten zu gewährleisten, für bessere wirtschaftliche Bedingungen zu sorgen und die Regierungsmaßnahmen zu popularisieren hatte.

Wie das thailändische "Counter-Insurgency Program" sich im einzelnen entwickelte, hat Hans-Ulrich Luther (53) anschaulich beschrieben. Bei all diesen Maßnahmen spielte übrigens die Mithilfe des amerikanischen USIS (United States Information Service) eine wichtige, wenn nicht entscheidende, Rolle. Es sollte an zwei Fronten zugleich gekämpft werden: gegen die Kommunisten und gegen das Elend auf dem Lande.

Folgende Stufen waren zu verzeichnen:

- a) 1961/62: MIT (Mixed Information Teams)-Programm. Gemeinsam mit USIS sollten diese Trupps in den Randgebieten mittels Propaganda, Filmen, kleinen Hilfsaktionen und durch Verteilung tausender von Fotos (Premierminister, König) in den Hirnen der Grenzbewohner Nationalbewußtsein zu schaffen.
- b) 1962/63: MDU (Mobile Development Units)-Programm. Die MDU's bilden ca. 50 Mann starke Spezialistengruppen, die durch technische Hilfsprogramme, kostenlose ärztliche Behandlung und Verteilung von Subventionen Vertrauen in den Staat wecken sollen. Von den bisherigen neun Einheiten wurden allein im Nordosten sieben eingesetzt. Das Motto der Kampagne lautete: "Thais helfen Thais, Thailand aufzubauen".
- c) 1963: BPP-Programm (Boarder Patrol Police), eine Art Grenzschutz.
- d) 1964: CD-Programm (Community Development). Auf der Basis von Infrastrukturverbesserungen sollten allen kommunistischen Versuchen, "Fronten" in den Dörfern zu schaffen, "geschlossene und demokratische Dorfgemeinschaften" entgegengestellt werden. Die wichtigsten neuen Organisationsformen waren: eine mit Handfeuerwaffen und Funkgeräten ausgerüstete Dorfwehr (Yahm); ein Ältestenrat; eine genossenschaftliche Kreditgesellschaft; ferner Entwicklungs-, Schul-, Gesundheits-, Tempel- und Landwirtschaftsausschüsse. Durch diese Institutionen sollten die Bauern mehr als bisher unmittelbar an der Lösung der Entwicklungsprobleme in ihren Dörfern beteiligt werden. Diese Maßnahmen erinnern übrigens stark an die Auseinandersetzungen der chinesischen Kommunisten mit den "Min-t'uans" (Dorfabteilungen) der Kuomintang, die vor der kommunistischen Machtübernahme permanent den maoistischen Guerillatruppen gegenübergetreten waren. Schon aus dieser Parallellität der Situation heraus bringt Peking den thailändischen Aufständischen besonderes Verständnis entgegen.
- e) 1965/66: ARD Programm (Accelerated Rural Development): Das Schwergewicht dieser Kampagne liegt bei der Entwicklung des Genossenschaftswesens, der Bereitstellung billiger Kredite und ausreichender Versorgung mit Kunstdünger, also bei Maßnahmen, die Hunger und Armut möglichst schnell beseitigen und damit der kommunistischen Infiltration den Wind aus den Segeln nehmen sollen. Zinsen vor allem, die von den früheren Geldverleihern jährlich manchmal bis zu 100 % hochgetrieben wurden, werden von den Genossenschaftsbanken nur noch mit 12 % p.a. ange setzt. Man sorgt ferner für Gemeinschaftshäuser und für Lagerhäuser, in denen sich z. B. Kunstdünger trocken aufbewahren läßt.
- Die praktische Verwirklichung dieses Programms hängt wie ja überhaupt die gesamte neue Entwicklungsstrategie weitgehend von der Geschicklichkeit des Regierungsvertreters an Ort und Stelle ab. Ist er ein Einheimischer, laufen die Dinge im allgemeinen gut. Stammt er dagegen aus dem fernen Bangkok und betrachtet er seine Position gar als eine Art Pfründe, so wird durch seine Tätigkeit mehr Schaden bewirkt als Nutzen.
- f) 1966: US Medical Health Centre Program: Krankenpflagestationen in den Dörfern, die mit amerikanischem Personal besetzt wurden.

g) 1966: Schulungsprogramm für Dorfvorsteher.

h) 1966/67: BDP (Democracy Development Program): Aufbau von Tambon-(Distrikts)Räten, die über die Verteilung von Subventionsgeldern zu befinden haben.

All diese Programme wurden mehr oder weniger mit amerikanischen Beratern und Geldern aufgezogen. 1966 gewährten die USA 240 Mio., 1967 400 Mio. und 1968 über 700 Mio. US-Dollar.

Oft hatten diese amerikanischen Hilfeleistungen freilich die "Wirkung eines großen Steins, dem man in einen Teich wirft: Er verursacht heftiges Aufspritzen in der Mitte, doch sind die Wellen ein Stück vor den Dörfern bereits wieder geglättet" (54).

Werden all diese Maßnahmen verhindern können, daß Thailand sich in "ein zweites Vietnam" verwandelt? Falls Laos und Kambodscha kommunistisch werden, wird sich weiterhin die Frage erheben, ob in Nordost-Thailand überhaupt noch eine Grenze zwischen der Infiltration von außen und innerer Subversion gezogen werden kann.

Die Antwort wird freilich nicht nur von innenpolitischen Vorkehrungen abhängen, sondern auch vom außenpolitischen Anpassungsverhalten Thailands.

## B. Thailändische Außenpolitik

### I. Außenpolitik im allgemeinen und Beziehungen mit USA, Sowjetunion und Nordvietnam

Thailand hat es stets meisterhaft verstanden, sich nach der gegebenen Sachlage jeweils ganz auf den mächtigsten Mitspieler in Asien einzustellen.

Im 19. Jh., als die Engländer von Westen her (Indien, Birma) und die Franzosen von Osten her (Vietnam, Laos, Kambodscha) auf Thailand überzugreifen begannen, verstand es die siamesische Diplomatie, geschickt zwischen beiden Fronten zu manövrieren und die beiden europäischen Mächte davon zu überzeugen, daß es das beste sei, Siam als Pufferstaat in seiner Integrität zu belassen. Siam mußte zwar zahlreiche Opfer, vor allem territorialer Art, hinnehmen, konnte aber doch, ganz im Gegensatz zu seinen Nachbarstaaten, das Los kolonialer Unterjochung abwenden.

Als seit Beginn der vierziger Jahre die Übermacht Japans in Asien spürbar zu werden begann, schwenkte Thailand auf die japanische Seite über und profitierte von diesem "Bündnis" sogar dadurch, daß ihm zwei westkambodschanische Provinzen abgetreten wurden (55).

Nach dem II. Weltkrieg hatten sich anstelle Japans die USA als eigentliche Macht Asiens etabliert. Also galt es nun, mit Washington möglichst vorteilhafte Bindungen einzugehen.

Als die USA freilich nach ihren dramatischen Erfahrungen im Vietnamkrieg damit begannen, ihre Gendarmenrolle in Asien aufzugeben, war Bangkok erneut vor das

Problem einer Umorientierung seiner Außenpolitik gestellt. Wer würde nun die 'graue Eminenz' Asiens werden? Die Antwort begann sich vor allem mit Beginn der siebziger Jahre deutlich abzuzeichnen: die Volksrepublik China. Sollte man sich dieser neuen Großmacht nunmehr ebenso unumschränkt zuwenden wie einst den Japanern und später dann den Amerikanern, zumal ja China in Südostasien Ziele verfolgt, die mit denen der anderen Feindmacht, Nordvietnam, erheblich divergieren?

Offensichtlich kann in den siebziger Jahren keine so lupenreine Hinwendung zu einer einzigen Macht mehr erfolgen wie bisher. In den fünfziger Jahren bestand noch eine bipolar strukturierte Welt. In den siebziger Jahren hat sich das internationale System in zahlreiche Bezugspunkte aufgelöst. Welchen Slalom die thailändische Außenpolitik zu bewältigen hat, wird also nicht so sehr von den thailändischen Wünschen bestimmt, sondern vor allem von den Hindernissen, die es zu durchfahren gilt, und die nachfolgend im einzelnen zu identifizieren sind.

Zu untersuchen sind dabei im einzelnen die Beziehungen zu den USA, zur Sowjetunion, zu Nordvietnam, zur ASEAN, zu den asiatischen Nachbarstaaten sowie vor allem zur VR China.

### 1. Thailand - USA

Die engen Beziehungen zwischen Bangkok und Washington begannen 1950 im Zeichen des Antikommunismus: Auf dem chinesischen Festland hatten sich die chinesischen Kommunisten etablieren können; in Korea brach ein Krieg aus, der aus der Sicht Bangkoks ebenfalls eine rein kommunistisch initiierte Angelegenheit war. Gleichzeitig fühlte sich das Regime des Marschalls Phibun durch Machenschaften des früheren Premiers Pridi bedroht, der die Sympathien Chinas und der thailändischen Linken genöß.

In dieser Situation schien die Hinwendung zu den Protagonisten des Antikommunismus, den USA, ein der Situationslogik entsprechender Schritt.

Für die Amerikaner umgekehrt, war ein antikommunistisches, US-freundliches Thailand der archimedische Punkt für eine effektive antikommunistische Politik in Südostasien.

Diese Interessenidentität führte im Laufe der Jahre zu einer Art Achse Washington-Bangkok.

- Im April 1950 bereits wurden formelle militärische Hilfsabkommen angekündigt, durch die Washington an Thailand Waffen im Werte von 10 Mio. US-Dollar zu liefern versprach. Die Ereignisse in den nächsten Monaten sollten Bangkok in der Überzeugung bestärken, daß es den richtigen Schritt getan hatte; vor allem mehrten sich nämlich die Übergriffe auf Laos und Kambodscha durch den Vietminh, und es bestand Gefahr, daß auch die empfindlichen Nordostgebiete des eigenen Landes in Mitleidenschaft gezogen würden.

- Kein Wunder, daß Thailand in dieser Situation der erste Staat wurde, der den südostasiatischen Verteidigungspakt (SEATO) unterzeichnete. Obwohl die Zugehörigkeit zur SEATO zunächst zahlreiche Vorteile mit sich brachte (bessere technische Zusammenarbeit und rasche Modernisierung der Thai-Truppen), fühlte Bangkok sich unter dem Schirm des Sicherheitsbündnisses noch nicht genügend geschützt.

- Deshalb kam es im Jahre 1962 zusätzlich zu dem berühmten Rusk-Thanat Khoman-Memorandum, in dem die Vereinigten Staaten die Garantie aussprachen, den Thais Hilfe auch ohne vorherige Zustimmung der anderen Pakt-Mitglieder zu gewähren. Damit sollte dem Sicherheitsbedürfnis Thailands angesichts der kritischen Situation in Laos im Mai 1962 Genüge getan werden. Durch das Rusk-Thanat-Kommunique übernahmen die USA m.a.W. bilaterale Verpflichtungen für Thailands Sicherheit. In der gemeinsamen Erklärung der beiden Außenminister vom 6. März 1972 hieß es: "The Secretary of State reaffirmed that the United States regard the preservation of the independence and integrity of Thailand as vital to the national interest of the United States and to world peace. He expressed the firm intention of the United States to aid Thailand, its ally and historic friend, in resisting Communist aggression and subversion. The Secretary of State reaffirmed that this obligation of the United States does not depend upon the prior agreement of all other parties to the treaty (SEATO), since this treaty obligation is individual as well as collective" (56).

- Möglicherweise wurde daneben noch ein Geheimabkommen geschlossen, das dann in seinen weiteren Auswirkungen dazu führte, daß rd. 12.000 thailändische Soldaten auf den vietnamesischen Kriegsschauplatz entsandt und durch die USA militärisch ausstaffiert wurden (Fulbright-Mansfield-Differenzen 1971). Von dem Geheimabkommen einmal ganz abgesehen, wurde nicht einmal das Rusk-Thanat-Kommunique von 1962 formell dem US-Senat zur Billigung vorgelegt. Gleichwohl sollte es die beachtlichsten Auswirkungen zeitigen. Bereits viereinhalb Monate vor Abschluß des Genfer Laos-Abkommens nämlich ließ Präsident Kennedy ein Expeditionskorps von 5.000 Marinesoldaten in Thailand Posten beziehen. Diese in ihrer Größenordnung ursprünglich bescheidene Einheit sollte im Zuge der weiteren Eskalation des Indochina-Krieges schließlich auf 50.000 Soldaten anwachsen.

Die sich auf diese Weise anbahnenden engen Beziehungen waren für beide Seiten höchst vorteilhaft:

Thailand hatte seinen ökonomischen Nutzen (von 1965 - 1969 gaben die Amerikaner ungefähr 1,6 Mrd. US-Dollar in Thailand aus, davon 750 Mio. für Flugbasen, Straßen und Kommunikationseinrichtungen, aber auch für die Entlohnung der 44.000 thailändischen Mitarbeiter und die persönlichen Bedürfnisse der Soldaten. 20 Mio. US-Dollar jährlich erbrachten allein die GI's, die aus Vietnam auf Urlaub kamen (57).

Erheblichen Nutzen hatten aber auch die USA: Thailand wurde nämlich nun zu einem wichtigen Hinterland der amerikanischen Streitkräfte. Es entstanden 11 Großflugbasen (Chiengmai, Udon, Nakon Phanom, Sakon Nakhon, Khon Kaen, Ubon, Korat, Lopburi, Kanchanburi, Bangkok und Satthaip), von denen aus entweder "Erkundungsflüge" (d.h. Bombenflüge vor

allem gegen den Ho Chi-Min-Pfad) oder aber Aufklärungsflüge gestartet wurden. Als die amerikanischen Streitkräfte gar im Zuge der Nixon-Doktrin nach und nach aus Vietnam abgezogen wurden, fanden sie teilweise in Thailand neue Basen. Der sogen. "Abzug" aus Vietnam wurde damit partiell zu einem Umzug nach Thailand. Zwar gehört den USA in Thailand keine einzige der von ihnen gebauten Flugbasen; trotzdem hatte sich die Situation 1972 so gewandelt, daß statt bislang 40 nunmehr 80 strategische B 52-Fernbomber von Thailand aus in Nord- und Südvietnam operierten. Gleichzeitig stieg die Zahl der US-Jagdbomber in Thailand von 450 auf 750.(58) Bei aller massiven Präsenz hatten aber die amerikanischen Einheiten in Thailand nicht einen einzigen Augenblick die Aufgabe der Bekämpfung örtlicher Guerillaverbände. Es bestand sogar strenger Befehl, sich aus allen Reibereien mit thailändischen Aufständischen herauszuhalten - eine weise Maßnahme, die von den Aufständischen insofern honoriert wurde, als sie ganz selten nur gegen die Amerikaner übergriffen.

Trotz der Aufblähung des Truppenbestandes in Thailand war es aber aufgrund der Nixon-Doktrin beschlossene Sache, daß die Amerikaner auf längere Sicht ihr militärisches Engagement ausdünnen würden. Diese Tendenz zeigte sich schon bald im abnehmenden Dollarstrom. Die amerikanische Militärhilfe war zunächst von 30 Mio. Dollar i.J. 1965 auf 130 Mio. i.J. 1966 und auf 214 Mio. i.J. 1967 geklettert. Mit 215 Mio. i.J. hatte sie schließlich den Kulminationspunkt erreicht. Dann jedoch begann der Abstieg. 1969: 170 Mio., 1970 ca. 170 Mio., 1971 ca. 140 Mio. (59) Diese Zahlen deuten bereits an, daß die Guam-Doktrin nicht einfach auf die Formel gebracht werden konnte: "Fortdauerndes amerikanisches Engagement in Asien minus kombattante Streitkräfte", sondern daß der Abzug weitergeht. Die thailändischen Probleme sollen also wirklich, wie es ja in der Nixon-Doktrin beschlossen liegt, "thaiisiert" werden.

Damit tauchte die Frage nach einer Alternative zur bisherigen engen Bindung an die USA auf.

## (2) Thailand - Sowjetunion

Die Beziehungen zur SU haben eine erstaunlich lange Tradition, wenn sie auch intermediär jahrzehntelang fast ganz aussetzten.

Die ersten Kontakte wurden bereits Mitte des vorigen Jahrhunderts mit dem zaristischen Rußland geknüpft. Ursächlich dafür waren sowohl die europäische Großmachtsituation als auch persönliche Freundschaften zwischen den dynastischen Oberhäuptern.

Als es in Südostasien zu Reibereien zwischen Großbritannien und Frankreich kam, wobei vor allem Thailand die entscheidende Pufferzone abgab, mußte für Rußland, das damals ja mit Frankreich eine Allianz eingegangen war, eine engere Beziehung mit Thailand zumindest interessant erscheinen.

1891 kam Zar Nikolaus II., der damals noch Kronprinz war, in Bangkok an und wurde dort begeistert empfangen. Zwischen ihm und König Chulalongkorn entwickelten sich freundschaftliche Beziehungen, die zu einem Besuch des thailändischen Königs 1897 in St. Petersburg führten. (60). Von diesem Zeitpunkt an war es üblich, daß das thailändische Königshaus regelmäßig einen seiner Söhne nach St. Petersburg schickte, um ihn dort im Winterpalast erziehen zu lassen.

Dieses für damalige Zeiten gewiß ungewöhnliche Verhältnis einer europäischen Großmacht mit einem so fern liegenden asiatischen Königtum wurde auch durch den I. Weltkrieg kaum gestört. Erst der Ausbruch der Oktoberrevolution schuf hier eine grundlegend neue Situation.

Die neue sowjetische Regierung schenkte dem südostasiatischen Staat kaum noch ihre Aufmerksamkeit. Erst als im Jahre 1932 durch eine Offiziersrevolte das absolute Königtum abgeschafft und - als wohl entscheidendes Ereignis der Geschichte Thailands in der ersten Hälfte des 20. Jh.! - die konstitutionelle Monarchie eingeführt wurde, begann auch Moskau seine Aufmerksamkeit wieder auf Bangkok zu richten. Damals kam auch Pridi Phanomyong an die Macht, der später in Thailand als Kommunist verschrien war, aus Moskauer Sicht freilich nie als solcher galt. Nicht zuletzt wurde Thailand für die Sowjetunion auch deshalb interessant, weil das aufsteigende Japan inzwischen seine Fühler nach Südostasien ausgestreckt hatte. Geopolitisch mußte Siam immerhin als Tor nach Britisch-Malaya, nach Britisch-Birma und nach Französisch-Indochina betrachtet werden - und konnte infolgedessen auch für Japan ein geeignetes Sprungbrett abgeben.

Für eine global denkende Führung wie die sowjetische mußte das immer mehr erstarkende Japan als eine Gefahr erscheinen, auf die man sich weltweit einzustellen hatte, also auch in Thailand. Nachdem es am 13. April 1941 zu einem Neutralitätspakt zwischen Japan und der UdSSR gekommen war, mußte Moskau darauf bedacht sein, die Japaner durch keine falschen politischen Schachzüge zu verärgern. Auch Thailand, das zu dieser Zeit seine Fahne bereits nach dem richtigen gedreht und sich Japan freundschaftlich genähert hatte, mußte deshalb umworben werden. 1941 kam es im Zuge dieser Überlegungen zur Aufnahme diplomatischer und handelspolitischer Beziehungen. In den Jahren 1940 - 1946 war Thailand in den Augen Moskaus freilich nicht mehr als eine japanische Kolonie. Nach dem Regierungsantritt Phibun Songkhrams, der in Moskau als Faschist galt, vor allem aber nach dem Zerbrechen der Achse Moskau-Tokyo, kamen die sowjetisch-thailändischen Beziehungen fast ganz zum Erliegen. Erst als Pridi am 24. März 1946 nach dem Sturz Phibun's, Premierminister wurde, schienen sich wieder attraktivere Perspektiven zu ergeben, zumal am 11. Okt. 1946 das Antikommunistengesetz von 1933 aufgegeben wurde. Moskau leitete nun energische Schritte ein, um die Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder zu

normalisieren. Für Thailand war diese Annäherung von höchstem Interesse; denn nach seiner unglücklichen Verbindung mit dem 1945 besiegten Japan galt es, sich international "reinzuwaschen". Unter anderem mußte Bangkok versuchen, Mitglied der UNO zu werden. Voraussetzung dafür aber war u.a. auch die Zustimmung der Sowjetunion.

Nachdem das Regierungsintermezzo Pridis wenige Monate später zu Ende war, fiel erneut Frost auf die noch jungen Knospen der beiderseitigen Freundschaft; zumal es ausgerechnet der "Faschist" Phibun war, der wieder die Macht ergriff. Als sich Thailand in der neu entstandenen bipolaren Globalsituation nun gar auf die Seite der USA zu schlagen begann, mußte Moskau feststellen, daß sich das quecksilbrige Land in eine "militärische Basis für die amerikanische Aggression in Südostasien" verwandelt hatte. (61) Auch beschuldigte Moskau die Regierung in Bangkok, den Kuomintang-Truppen, die Ende 1949 nach Nordthailand geflohen waren, "auf Befehl Washingtons" Protektion gewährt zu haben. (62)

Anfang 1952 ging die Regierung in Bangkok zum Gegenangriff über: Am 2. April wurden alle sowjetischen Publikationen verboten, und im November desselben Jahres nahm die thailändische Polizei 200 Personen fest, die, wie behauptet wurde, von der SU mit Waffen ausgerüstet und beauftragt worden seien, in Thailand den Umsturz vorzubereiten.

Das Jahr 1952 setzte den Ton für die thailändisch-sowjetischen Beziehungen, wie er das ganze Jahrzehnt hindurch andauerte.

Zu einer gewissen Besserung kam es erst im Jahre 1960, als am bisher so durchsonnten thailändischen Himmel Wolken aufzuziehen begannen. Im Frühjahr 1960 hatten die USA einen größeren Posten Reis an Indien verkauft, eine Maßnahme, die den Protest Bangkoks auslöste, da Indien ein traditioneller Thai-Absatzmarkt sei, auf dem die USA nichts verloren hätten. Die thailändische Regierung kündigte sogar an, ihre Beziehungen mit Washington "überprüfen" zu wollen. (63)

Die SU sah ihre Chance gekommen: Schon wenige Wochen nach dem Vorfall schickte sie einen neuen Botschafter, der verbesserte Beziehungen vorschlug. Es ist anzunehmen, daß beide Ereignisse miteinander in ursächlichem Zusammenhang standen. Doch dürfte auf Seiten der Sowjetunion noch eine weitere Überlegung mitgespielt haben: Schon seit mehreren Jahren mußte den Russen klar geworden sein, daß es mit den Beziehungen zu Peking bald nicht mehr zum besten stehen werde. 1960 war übrigens auch das Jahr, in dem die Sowjetunion vom einen auf den anderen Tag all ihre Techniker und Entwicklungshelfer aus China abzog und damit den gordischen Knoten des seit Jahren so leidigen China-problems durchhauen hatte. Wenn man an der Moskauer Außenpolitik auch manches auszusetzen hat, nicht zuletzt ihre Impulsivität gegenüber Peking: Mangel an Weitblick kann man ihr bestimmt nicht vorwerfen. Nachdem es nämlich erste Anzeichen eines Rückzuges der Engländer aus East of Suez gegeben hatte, mußte es der Sowjetunion darum gehen, zu verhindern, daß China in

die nach Südostasien hin freier werdende "Lücke" nachstieß.

Es ist merkwürdig, daß ein Autor wie Shirk, der sonst die sowjetisch-thailändischen Beziehungen so wohl abgewogen darzustellen weiß, diese Annäherungsinitiative Moskaus ausschließlich unter dem Gesichtspunkt gewisser kommerzieller Erwägungen und einer nur ephemeren Trübung des Verhältnisses zwischen Bangkok und Washington sieht, nicht aber auf die China-Perzeption Moskaus in dieser Zeit eingeht. (64)

Freilich war der Weg für eine reibungslose thailändisch-sowjetische Annäherung damals noch keineswegs ganz frei. Angesichts der mißlichen Lage in Laos und vor allem des 1964 voll ausbrechenden zweiten Indochinakriegs, in dem Thailand sich uneingeschränkt auf die Seite der USA schlug, während Moskau - schon im Interesse seiner Auseinandersetzung mit Peking - zugunsten Hanois Stellung nehmen mußte, waren noch manche Prüfungen im zwischenstaatlichen Verhältnis zu bestehen. U.a. mußte sich die SU den Vorwurf Bangkoks gefallen lassen, ihren Aufgaben als Kopäsident der Genfer Konferenz zur Friedenserhaltung in Laos nicht zu entsprechen (65).

Andererseits freilich war Thailand auch wieder des Lobes voll, als es der Sowjetunion 1966 in Taschkent gelang, die pakistanisch-indischen Auseinandersetzungen zu schlichten. Bangkok wußte es den Sowjets hoch anzurechnen, daß sie die "Pläne des Kommunistischen China in diesem Gebiet zu durchkreuzen" vermochten. (66)

Der sowjetische Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen war jahrelang unerfüllbar wegen der Zugehörigkeit Thailands zum "US-imperialistischen" Lager einerseits und der "proletarisch-internationalistischen Pflicht" Moskaus andererseits, Nordvietnam zu unterstützen. Seit sich jetzt die Amerikaner militärisch aus Südostasien zurückzuziehen beginnen, und seit sich vor allem ein Sieg Hanois abzuzeichnen scheint, konnte es endlich zum Druck zwischen den schon lange Zeit ausgestreckten Händen kommen. Thailand wird in den nächsten Jahren vermutlich versuchen, dem zentripetalen Zug in Richtung China durch eine stärkere Orientierung auf die von Moskau ausgehende zentrifugale Kraft entgegenzuwirken.

### 3. Thailand - Nordvietnam

Wie bereits im Zusammenhang mit Laos (67) ausgeführt, hat Thailand dort vor allem seit 1964 darauf geachtet, daß die Übergriffe des Viet Cong und der Nordvietnamesen gewisse geographische, ethnische und politische Toleranzschwellen nicht überschritten. Geopolitisch mußten die Thais darauf abzielen, daß vor allem die Mekong-Ebene, das geographische Herz des Königreichs Laos, nicht in die Hand der Vietnamesen fiel. Unter ethnischen Gesichtspunkten mußte es ihnen ferner darauf ankommen, zu verhindern, daß Vietnam Einbrüche unter den Lao Loum, dem staatstragenden Volk von Laos, erzielte.

Was schließlich die Herrschaftsstrukturen anbelangt, so mußte ein neutralistisches Kabinett in Vientiane als wünschenswert erscheinen, das Thailand zumindest nicht feindlich gesinnt war.

Um diese Ziele zu erreichen, hat Thailand nicht nur finanzielle und entwicklungspolitische, sondern auch militärische Hilfe geleistet. Thailändische Soldaten kämpften freilich nicht nur in Laos, sondern wurden darüberhinaus auch an der Seite amerikanischer Truppen in Vietnam eingesetzt. Ihr erstes Regiment, mit dem Namen "Königskobra", traf dort im September 1967 ein. Insgesamt wurden 14.000 Mann nach Vietnam entsandt, die unverhältnismäßig hohe Verluste erlitten. Bis 1972 freilich waren diese Kontingente fast durchweg wieder abgezogen, da man sie an der heimischen Front gegenüber Kambodscha und Laos benötigte.

Anders als bei Laos und Vietnam hat es Thailand abgelehnt, auch gegenüber Kambodscha Vorwärtsstrategie zu betreiben. Wie in der "Kambodscha"-Analyse (C.a. 73/April, S. 137 ff.) dargelegt, konnten sich in dieser Frage die "Tauben" (u.a. Außenminister Thanat) nach langwierigen Debatten gegen die "Falken" (u.a. den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Praphas) durchzusetzen. In der Tat sollte sich Thailand davor hüten, zur Speerspitze des Antikommunismus in Südostasien zu werden. Ganz abstinente wollte sich Bangkok freilich auch wieder nicht verhalten. Seit 1971 sollen nämlich etwa 3000 junge Thailänder insgeheim nach Kambodscha entsandt worden sein. Angeblich handelte es sich bei ihnen um Freiwillige von zumeist ethnisch-kambodschanischer Volkszugehörigkeit aus dem Nordosten Thailands. Nach gründlicher Ausbildung in einem der hierfür besonders vorgesehenen thailändischen Camps (Etoh, 15 km östlich der Provinzhauptstadt Prachinburi ist die bekannteste Ausbildungsstätte dieser Art)(68) werden die Freiwilligen sodann in Zivilkleidung und oft in angemieteten Omnibussen privater Touristikunternehmen ins Nachbarland eingeschleust. Dort erhalten sie kambodschanische Ausweispapiere und werden hierauf voll in die kambodschanische Armee integriert.(69)

Dem Vietcong und den Nordvietnamesen sind diese Vorgänge nicht verborgen geblieben. Hanoi "revanchiert" sich, indem es thailändische Insurgenten ausbildet, vor allem im Lager von Hoa Binh, 75 km südwestlich von Hanoi, das 1961 speziell für Thais eingerichtet worden ist. Das Camp, in dem ständig etwa 400 Guerilleros ausgebildet werden, ist mit 15 thailändischen und vietnamesischen Militär- sowie Polit-Instruktoren belegt und wird von einem Thai geleitet. Nach Abschluß des Lehrgangs kehren die "Schüler" durch Laos und über den Mekong heimlich zurück nach Thailand. Mit ihnen strömen auch Waffen, teils französischer, teils chinesischer Herkunft, ein.(70)

Den Vietnamesen kommt es offensichtlich, genauso wenig wie den Chinesen, darauf an, die Regierung in Bangkok zu stürzen. Militärisch zielt man darauf ab, die thailändischen Truppen zu "beschäftigen" und sie dadurch zu neutralisieren. Politisch geht es ande-

rerseits darum, die Regierung in Bangkok zu einer Änderung ihres bisher so pro-amerikanischen Kurses zu veranlassen. Insofern ähnelt die vietnamesisch-chinesische Politik hier durchaus den Vorstellungen des japanischen Militärs im Zweiten Weltkrieg, das ja auch die Regierung in Bangkok nicht stürzen, sondern nur neutralisieren wollte.

#### 4. Thailand und ASEAN

Es wurde bereits im Zusammenhang mit Laos und Kambodscha ausgeführt, daß Chinas vordringlichstes Interesse gegenüber den Ländern Südostasiens darin besteht, freundliche Nachbarn "vor seiner Haustür" zu haben. Am liebsten wäre den Chinesen ein weitgehend balkanisierendes Südostasien. Freilich sind sie andererseits realistisch genug, um zu erkennen, daß die dortigen Länder, wenn ihre politische Schwäche und ihre wirtschaftliche Unterentwicklung nicht perpetuiert werden sollen, auf die Dauer um eine engere gegenseitige Kooperation nicht herum kommen, und daß es deshalb sinnlos wäre, sie an einem solchen Zusammenschluß zu hindern.

Als Form einer solchen Fusion bietet sich die ASEAN an, die 1967 aus der ursprünglich antikommunistisch konzipierten ASA hervorgegangen ist, und die sich heute aus den fünf Staaten Malaysia, Philippinen, Indonesien, Singapur und Thailand konstituiert. Möglicherweise ist dieses Bündnis sogar noch erweiterungsfähig. 1971 hat der malaysische Ministerpräsident Tun Abdul Razak den Plan einer "Friedenszone" in Südostasien veröffentlicht, demzufolge sich der südostasiatische Fünferblock im Laufe der Zeit auf 10 Mitglieder erweitern sollte (Birma, Laos, Kambodscha und die beiden Vietnam), und der schließlich eine Neutralisierung dieses Blocks vorsieht. (Näheres im "Malaysia"-Aufsatz in der Juni-Ausgabe von Ca). Für Thailand kommt es gegenwärtig darauf an, nicht an der Seite der USA zu vereinsamen, sondern einen modus vivendi mit der VR China zu finden.

Noch zur Zeit des Koreakrieges hatte Thailand die Wahl, ob es neutral bleiben oder aber sich auf der Seite des Westens gegen den kommunistischen Block engagieren sollte. Damals entschied es sich für den Westen. Amerikanische und thailändische Interessen waren jahrelang vollkommen parallel gelagert. Doch langsam hat Bangkok erkennen müssen, daß diese Parallelität nicht ewig fortauern kann. Schon in den sechziger Jahren wurde es klar, daß die SEATO nur ein Papiertiger war. Vollends verlor Thailand seine Illusionen, als Nixon 1969 seine berühmte Doktrin verkündete, derzufolge auch die thailändischen Probleme sich "thaisieren" sollen. Selbstverständlich kann Thailand sich nun auch nicht einseitig der Sowjetunion zuwenden und sich beispielsweise mehr als nötig für das von Breschnew vorgeschlagene "kollektive Sicherheitssystem in Asien" begeistern; würde durch eine solche Hinorientierung auf Moskau doch gerade Peking besonders provoziert.

Auch eine einseitige Anlehnung an Japan würde nicht ausreichen, um das Sicherheitsbedürfnis Thailands zu befriedigen. Japan mag zwar die starke Wirtschaftsmacht

sein; für die Verteidigung Thailands kann es soviel wie nichts tun.

Thailand muß sich freilich davor hüten, das "Kind mit dem Bade auszuschütten". Auch, wenn die USA in Zukunft nicht mehr die Rolle des großen Bruders spielen können, ist doch weiterhin mit starker amerikanischer Präsenz zu rechnen. Dafür bürgt nicht nur das Interesse Bangkoks an einem gesteigerten kommerziellen Austausch und an weiteren Entwicklungshilfen, sondern auch die immer noch bestehende Elitenordnung. Eine sozialistische Machtergreifung allenfalls würde vielleicht dazu führen, daß die Taue nach Washington ganz gekappt würden. Solange dieser jedoch nicht eingetreten ist, (und wenig spricht im Augenblick für eine solche Lösung), gilt es sowohl zu den USA, als auch zur Sowjetunion und zu Japan ein Verhältnis zu finden, das locker genug ist, um nicht mißtrauische Reaktionen bei Peking auszulösen, das aber auch eng genug erscheint, um bei diesen Staaten das Eigeninteresse an der Fortexistenz Thailands in seiner jetzigen Form zu erhalten. Von welcher außenpolitischen Perspektive man Thailand auch immer betrachtet, so wird doch ein Staat immer relevanter für das südostasiatische Königreich: die VR China!

## II. Thailand und China

Chinas Politik gegenüber Thailand läßt sich in vier große Perioden aufteilen:

1. 1949 - 1950 (USA oder China?)
2. 1950 - 1964 (Der Westwind siegt in Thailand über den Ostwind)
3. 1964 - 1972 (im Zeichen des Vietnamkrieges)
4. 1972 ff. (neue Horizonte und Öffnung nach China)

### 1. Phase (1949 - 1950):

#### Bekanntnis zu Asien oder Bündnis mit den USA?

Thailands Verhältnis zu China ist in hohem Maße zwiespältig, ja schizophran. Nach einer fast hundertjährigen Unterbrechung offizieller Beziehungen war es endlich 1946 wieder zur Aufnahme von Staat-Staat-Beziehungen gekommen. Schon drei Jahre später jedoch mußte sich Bangkok angesichts der Flucht Chiang Kai-sheks nach Formosa fragen, ob seine Entscheidung wirklich richtig gewesen war.

Erneut begann die heikle Frage aufzutauchen, wie man sich dem mächtigen Nachbarn im Norden gegenüber verhalten solle. Bereits das Thai-Königreich von Sukhotai hatte im Jahre 1294 n. Chr. zum erstenmal eine Tributmission nach Peking entsandt und war damit in die konfuzianische "Völkerfamilie" eingeordnet worden. Im 15. Jh. schickte das Königreich, das in den chinesischen Tributstatuten als "Hsien-lo" eingetragen war, sogar zwei Missionen pro Jahrzehnt (71). Diese traditionsreichen Beziehungen endeten erst unter König Rama IV. (König Mongkut) im Jahre 1853, als bereits andere Mächte, nämlich Frankreich und England, für Siam lebenswichtiger geworden waren als China.

Während des Zweiten Weltkriegs unterhielt die Nationalregierung in Chungking geheime Kontakte mit der anti-japanischen "Freien Thai-Bewegung". Bei Kriegsende

arbeitete die neue Thai-Regierung unter Pridi Phanomyong mit Nachdruck auf eine Normalisierung mit China hin und vereinbarte im Jahre 1946 mit der Nanking-Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

1947 wurde Pridi samt seinem Kabinett durch einen Staatsstreich ausgeschaltet. Er erhielt nach dem Sieg der chinesischen Kommunisten Asyl in Peking und sollte in den kommenden Jahren zu einer Fackel des Widerstandes gegen die Regierung in Bangkok werden.

Das Interesse der neuen Regierung in Peking an thailändischen Fragen war zunächst lau und änderte sich erst, als Bangkok 1950 eine Politik der Anlehnung an Washington begann, die durch den Ausbruch des Korea-Krieges noch bestärkt wurde und schließlich sogar dahin führte, daß Thailand als erste asiatische Nation den Vereinten Nationen im Korea-Krieg Truppen und Material anbot.

Peking reagierte auf diese Anlehnungspolitik scharf und warf der Thai-Regierung beispielsweise im November 1950 vor, daß sie in Gefahr sei, von den USA militärisch, politisch und ökonomisch kontrolliert zu werden (72). In dasselbe Horn stieß auch Expremier Pridi, der beispielweise 1954 in einem Artikel der JMJP das Thai-Volk dazu aufforderte, gegen den amerikanischen Imperialismus, der seinen Griff um Thailand immer enger schloße, und gegen die reaktionäre Regierung Thailands zu kämpfen. (73)

Die Feindschaft Pekings gegenüber Bangkok verstärkte sich, als Thailand 1954 der SEATO beitrat. (74)

1955 schienen sich über Indochina, aber auch über Thailand, die Wolken zu lichten. Die Bandung-Konferenz im April führte zu einem Treffen zwischen Chou En-lai und thailändischen Politikern, bei dem man sich auf Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen einigte. Vor allem zwischen 1956 und 1958 kamen zahlreiche Besucher, u.a. eine Basket-Mannschaft, eine Künstlertruppe, Gewerkschaftsdelegierte, Journalistengruppen und sogar Vertreter einiger kleinerer thailändischer Parteien nach Peking, die durch geschickte "Volksdiplomatie" gewonnen werden konnten und nach ihrer Rückkehr für eine Anerkennung der Regierung in Peking zu werben begannen (75). Peking mochte zu dieser Zeit glauben, daß Thailand seine Zusammenarbeit mit den USA langsam lockern und sein Interesse mehr dem nördlichen Nachbarn zuwenden würde.

Diese Hoffnung zerran jedoch von einem auf den anderen Tag ins Nichts, als im September 1957 Marschall Sarit an die Macht kam. Die neue Militärjunta ließ keinen Augenblick darüber Zweifel aufkommen, daß Thailand sich von nun an fest zur SEATO bekennen wolle. Gleichzeitig begann eine scharfe Kommunistenverfolgung, bei der Dutzende führender thailändischer Kommunisten eingekerkert und hingerichtet wurden. 1959 schließlich wurde jeglicher Warenimport aus der VR China verboten. Beigetragen zu dieser Verschärfung hatte nicht zuletzt die Entwicklung in Laos, bei der es im Mai 1957 zu einer Koalitionsregierung mit NLH-Beitrag gekommen war ( C.a. 1973/3 - S. 69 f).

Von nun an begann jene unheilvolle Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Thailand, die sich über 15 Jahre hinziehen sollte.

## 2. Phase (1960 - 1964)

### Der Westwind siegt in Thailand über den Ostwind

Seit in Laos Kong Le die Macht übernommen hatte, und einige Zeit später der Pathet Lao zusammen mit nordvietnamesischen Truppen auf breiter Front gegen Vientiane vorrückte (dazu Näheres C.a., 1973/März, S. 60 ff.), glaubte Thailand nicht länger ruhig zusehen zu dürfen (dazu oben B I 3). Die nun folgende "Thai-Intervention in Laos" war denn auch das dominante Thema der chinesischen Propaganda während der Jahre nach 1960.(76) Peking wollte bemerkt haben, daß "die breiten Massen Thailands immer empfindlicher auf die kriminelle Rolle des Imperialismus und der reaktionären Zirkel in ihrem Land reagieren und auf den Straßen von Bangkok häufig Handzettel gegen die Regierung verteilen".(77)

Als es im März 1962 zu dem oben bereits erwähnten Thanom-Rusk-Statement kam, demzufolge die Vereinigten Staaten Thailand auch dann verteidigen würden, wenn die SEATO Hilferufe aus Bangkok überhören sollte, ließ eine erneute Eskalation der chinesischen Attacken nicht lange auf sich warten. Noch im selben Monat wurde der geheime Partisanensender "Stimme des thailändischen Volkes" in Betrieb genommen und brachte zunächst täglich drei Sendungen. Im gleichen Jahr wurden auch Hinweise häufiger, denen zufolge "thailändische, patriotische Kräfte" sich gegen die Präsenz amerikanischer Truppen zur Wehr setzten, weil sie um die Unabhängigkeit Thailands fürchteten".(78)

## 3. Phase (1964 - 1972)

### (Im Zeichen des Vietnamkrieges)

Das Jahr 1964, das - im Anschluß an den Zwischenfall im Golf von Tonking zum Auftakt des zweiten Vietnamkrieges wurde, sollte auch zu einem Höhepunkt des organisatorischen Zusammenschlusses der revolutionären Kräfte von Thailand werden. In diesem Jahr entstanden u. a. die TIM und die TPF sowie andere Massenorganisationen (dazu oben A II). Am 1. Oktober veröffentlichte Hsinhua ferner die Glückwunschartikel der bis dahin einigermassen obskur gebliebene KPT. In diesem Dokument wurde China als revolutionäres Modell für die Länder der dritten Welt gepriesen. Die KPT wolle im Hinblick auf den erwünschten "Volkkrieg" gegen die Regierung in Bangkok eine "Vereinte Front" mit allen Gruppen eingehen, die gegen den Imperialismus und seine Lakaien in Bangkok eingestellt seien.(79) Im gleichen Jahr auch errichteten TIM und TPF in Peking permanente Missionen und wurden von China auf internationalen Konferenzen präsentiert (dazu oben A/I). Peking leistete auch Beifall, als die einzelnen Massenorganisationen sich 1965 zur TUPF zusammenschlossen. 1965 auch wurde der "Exregent von Thailand", Pridi, anlässlich eines Besuches in Canton von der Presse her-

ausgestellt.(80). Dieser Vorgang wiederholte sich im Oktober (81).

Ganz im Sinne der 1965 erschienenen Fundamentalschrift Lin Piaos mit dem Titel "Lange lebe der Sieg im Volkskrieg" verkündete Peking Anfang 1966 einen Beschluß der TUPF, daß der "bewaffnete Kampf des Volkes" zu einem "Volkskrieg ausgeweitet werden soll, mit dem wir die bewaffneten Kräfte des Feindes zerstören und den Endsieg erringen werden". (82)

Diese Verschärfung des Tons erfolgte im Einklang mit der Eskalation des Vietnamkriegs, aber auch mit der auf die Kulturrevolution zusteuernden innenpolitischen Entwicklung der VR China. Im gleichen Jahr auch vermochten die Aufständischen erste Stützpunkte ("Befreite Stützpunkte auf dem Lande!") in sechs nordöstlichen Provinzen, u. a. in Nakhorn Phanom, zu gewinnen. Über solche Entwicklungen zeigte sich vor allem ein Artikel der JMJP vom 18. August befriedigt, der den bezeichnenden Titel trug: "Laßt die Flammen der Revolution noch höher in Thailand aufschlagen". Im gleichen Jahr wurde Pridi noch dreimal in der Presse hervorgehoben. Immer häufiger wurden jetzt auch Nachdrucke der Sendungen des thailändischen Partisanensenders.

1967, als nach Schätzungen des US-State-Departments die Zahl der Thai-Insurgenten auf etwa 2000 anstieg (davon 1500 im Nordosten und ungefähr 500 im Süden), wurden auch zum erstenmal Waffen chinesischer Herkunft erbeutet. Die Intensivierung der Unterstützung vonseiten Chinas zeigte sich ferner darin, daß die "Stimme des Thailändischen Volkes" nun auch noch Sendungen im Isan-Lao-Dialekt austrahlte.(83) In den ersten neun Monaten des Jahres 1967 gab es nicht weniger als 269 Angriffe in 28 Provinzen Thailands (1966: 120 Angriffe in den ersten 11 Monaten; 1965: 24 Angriffe). Während derselben Periode töteten die Aufständischen auch 138 "Regierungshelfer" (Lehrer, Entwicklungsbeauftragte, etc.) und 78 "Beamte" (Polizisten, Bürgermeister, Soldaten) (1966: 70 "Unterstützer" und 36 "Beamte"; 1965: 30 "Unterstützer" und 3 "Beamte"). Infolge dieser angewachsenen Tätigkeit wurde am 1. Dezember in mehreren Provinzen Thailands das Kriegrecht verhängt.(84) Ein Artikel der Volkszeitung vom 8. Oktober mit dem Titel "Der siegreiche Weg des Thailändischen Volkes zur Befreiung der Nation" zeichnete dieses Anwachsen der Volksstreitkräfte "in den vergangenen zwei Jahren" nach und hob hervor, daß im Vollzug dieses Prozesses "die Gedanken des Vorsitzenden Mao schöpferisch angewendet worden" seien. Das vielleicht bedeutendste Charakteristikaum der Unterstützung Chinas im Jahre 1967 aber war die häufige Erwähnung der KPT in chinesischen Massenkommunikationsmitteln.(85) Besonders häufig wurden die "Aufrufe" der KPT abgedruckt. Typisch ist ein Appell vom 10. September 1968 aus Anlaß der Herausgabe von vier Bänden der "Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs" in Thai. Die Lehre Maos sei der entscheidende Faktor des Sieges der thailändischen Revolution. "Nur, wenn wir die Weisungen des Vorsitzenden Mao einhalten

und auf dem von ihm gewiesenen revolutionären Weg - sich auf die Bauern verlassen, Stützpunkte auf dem Lande errichten, vom Lande her die Stadt einkreisen und schließlich die Staatsmacht erobern - voranzumarschieren, können wir ... das Land und das Volk befreien..."(86) Auf ähnlichen Wellenlängen lagen Artikel mit den folgenden Überschriften: "Thailands Volksstreitkräfte schlagen sich trefflich" (87); "Den Volkskrieg entschlossen führen, um den US-Imperialismus zu verjagen und die landesverräterische Clique zu stürzen, Erklärung der Kommunistischen Partei Thailands über die Politik der Gegenwart"(88); "Die thailändischen Volksstreitkräfte marschieren von Sieg zu Sieg".(89)

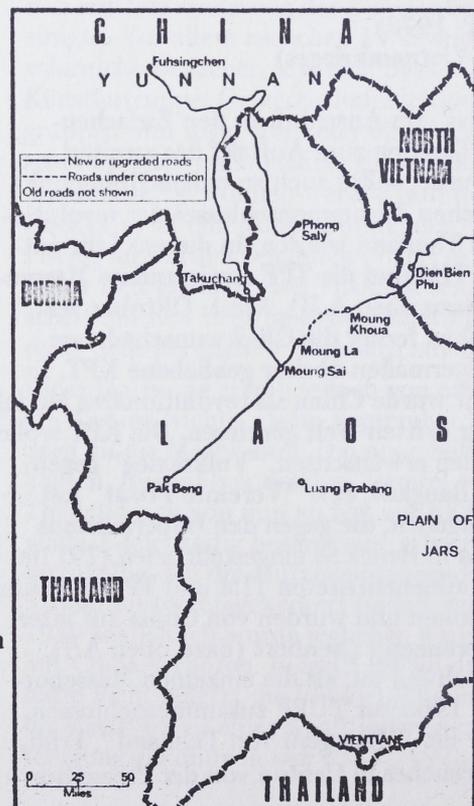
Anfang Januar gab Peking auch die Gründung des "Oberkommandos der thailändischen Volksbefreiungsarmee" bekannt. (90)

Am 21. Januar 1969 verkündete die KPT ein Zehn-Punkte-Programm, in dem die Ziele der thailändischen Revolution präzise niedergelegt waren. Die wichtigsten Prinzipien: Volkskrieg; Aufhebung aller Gesetze und Vorschriften Bangkoks; Beschlagnahme allen Eigentums sowie Grund und Bodens der US-Imperialisten, der Thanom-Clique etc. und Bestrafung aller Übeltäter; Abschaffung aller landesverräterischen und ungerechten Abkommen und Kampf u. a. gegen den "modernen Revisionismus" (Sowjetunion!); Einigung der verschiedenen Nationalitäten, Religionen, Sprachen etc.; Reduktion der Pacht- und Darlehnszinsen, Annullierung aller Schuldverpflichtungen; die Rolle der Bauernschaft in der revolutionären Bewegung zur vollen Geltung bringen; staatliche Industrie- und Handelsunternehmen entwickeln; Wohlfahrt der Arbeiter; Gleichberechtigung der Frau; Kampf gegen die dekadenten US-imperialistischen und feudalen Kultureinflüsse, "vaterländisches" Bildungswesen usw. Im Vergleich zum Sechs-Punkte-Programm vom Februar 1965 wardiese neue Plattform ungleich präziser und "pekingorientierter".

Auch nach dem Ende der Kulturrevolution hörte China nicht auf, den thailändischen Aufständischen nach wie vor die "Linke Strategie" ("Befreite-Stützpunkt"-Politik! etc.) zu empfehlen (92). Wie weit es die Kämpfenden auch mit Waffen unterstützte läßt sich schwer nachweisen. Tendenziell dürfte Peking sich jedoch von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß jede revolutionäre Bewegung grundsätzlich auf eigenen Beinen zu stehen hat. Zu den Grundsätzen Chinas gehört aber andererseits auch eine wenigstens subsidiäre Unterstützung, u.a. mit Kampfgerät. Für diese logistischen Zwecke wäre die neue Straße gut geeignet, die langsam, aber offensichtlich unaufhaltbar, von der chinesischen Provinz Yünnan durch Nordlaos nach Nordost-Thailand herangeführt wird. Die Straße hat bereits den Mekong erreicht und schlängelt sich nun auf die Provinz Nan zu. Es handelt sich hier um eine Allwetterbahn, die 1962 aufgrund eines Abkommens zwischen China und Laos begonnen wurde (93). Im gemeinsamen Presse-Kommunique vom 4.12.1962 heißt es, daß der "Ausbau der Verkehrsstraße von der Grenze der chinesischen Provinz Yünnan nach Phong Saly in

Laos als nicht rückzahlbare Hilfe für Laos betrachtet werde ....". Im gemeinsamen Kommunique vom 10. 3.1963, das anlässlich des Besuches des laotischen Königs in Peking herausgegeben wurde, nahm man abermals auf diese Straße Bezug. Die chinesische Regierung bestätigte, wie es hieß, "erneut ihren Entschluß, unmittelbar nach der Übergabe der Straße das gesamte am Bau beteiligte Personal abzuziehen" (94).

Als freilich der dünne Firnis der Freundschaft zwischen Peking und Vientiane abzubreckeln begann, fingen die Chinesen - in offensichtlich enger Zusammenarbeit mit dem Pathet Lao - an, eine neue Route nach Nordlaos anzulegen. 1965 wurden die chinesischen Bautrupps zwar vorübergehend nach Nordvietnam abgerufen, um dort durch Bombeneinwirkungen zerstörte Straßen zu reparieren. Spätestens 1968 aber waren die Mannschaften wieder an ihrem Arbeitsplatz in Nordlaos. Sie stellten zunächst (6000 Ingenieure und Arbeiter unter dem Schutz zweier chinesischer Flak-Bataillone) die Straße nach Moug Sai her, deren eine Fortsetzung zum nordvietnamesischen Dien Bien Phu führt und deren andere in Richtung auf den Mekong und auf Nordthailand trassiert wurde. Damit hat Peking einen wichtigen geopolitischen Schlüssel zum nördlichen Indochina in die Hand bekommen. Vor allem war nun auch eine engere Zusammenarbeit mit dem Pathet Lao sichergestellt (95). Die Königliche Regierung von Laos versuchte, den Ausbau des Weges zu verhindern, und ließ die Straße im Januar 1970 sogar mehrmals bombardieren - vergeblich. Seit dieser Zeit wurde das Projekt von den schätzungsweise 20.000 Pionieren zu einem der bestverteidigten Areale der Welt ausgebaut, wie es in einem Bericht an den US-Senat heißt. Wie Satellitenaufnahmen zeigen, haben die Chinesen entlang der Straße nicht weniger als 154 Militärlager errichtet. Vor allem sind zahllose Flak-Einheiten in Stellung gegangen.



Quelle:  
FEER, 14.11.70

Wird China nun an die Hintertür von Thailand pochen? In Bangkok macht man sich keine Illusionen. Man kennt die Unsicherheit und Anfälligkeit der nordöstlichen Regionen; man erinnert sich auch noch deutlich an die sibyllinischen Bemerkungen Chou En-lais gegenüber thailändischen Repräsentanten beim Ping-Pong-Festival vom August 1972, daß China sich zwar nicht in Angelegenheiten anderer Länder einmischen wolle, andererseits aber auch verpflichtet sei, den unterdrückten Volksmassen bei ihrem Freiheitskampf zu helfen (96).

Bei der Nordlaos-Thailand-Straße handelt es sich um eines von fünf ähnlichen Projekten, die China mit südlichen und südöstlichen Nachbarn auf Tuchfühlung bringen. All diese Verbindungen sollen primär keineswegs chinesische Militäroperationen ermöglichen; ist doch Chinas Militärstrategie ganz auf Defensive abgestellt. Auch könnten die durch schwer zugängliches Gebirgsgelände führenden Verbindungen im Notfall durch gezielte Bombenwürfe lahmgelegt werden. Es handelt sich hier vielmehr um "politische" Straßen, die - wie ja auch im Falle Nordostthailands - in "Pulverfaßgegenden" führen und im übrigen die potentielle Präsenz Chinas glaubhaft machen.

Chinas Anteilnahme am "Befreiungskrieg" der thailändischen Aufständischen zeigt sich aber nicht nur in ausgefeilter Propagandahilfe und im Bau "politischer Straßen", sondern auch darin, daß es einige der wichtigsten Kommunistenführer jahrelang bei sich aufgenommen hat.

- Der Fall Pridi Phanomyong wurde bereits mehrfach erwähnt (geb. 1900, Studium in Frankreich, Teilnahme an der Revolution von 1932, Entwurf eines radikalen Schemas der Reorganisation des wirtschaftlichen Systems, Innenminister, Widerstand gegen Japan seit 1941, Führung in der Untergrundorganisation der Free Thai Organisation, von 1944-1947 die profilierteste politische Figur in Thailand, 1947 durch einen Coup d'état ausgeschaltet; seitdem im Exil in China. Pridi scheint weniger auf einen "Volkskrieg", als vielmehr auf einen Coup d'état als eines der thailändischen Situation adäquaten Mittels hinzuwirken).

- Charoen Wanngam (geb. 1922, Studium in Bangkok, ging 1952 nach China und studierte 5 Jahre an marxistisch-leninistischen Instituten in Peking und Chungking. Spielt heute im Nordosten eine wichtige Rolle).

- Udom Sisuan (geb. 1960 in Chiengrai, zuerst Kaufmann, dann Journalist) ging 1953 und 1958 auch kurz in die Sowjetunion. Heute Chef der Aufstandsbewegung im Nordosten.

- Wirat Angkaphawon (geb. 1912, der ebenfalls längere Zeit in China war, ist der eigentliche Theoretiker, der den Marxismus-Leninismus für Thailand zurechtinterpretiert hat. Wirat stammt aus dem mittleren Süden und gehört heute zur Untergrundzelle der KPT in Bangkok, die vermutlich in der dortigen China-Town zu suchen ist. Wirat war auch eine Zeitlang Leiter des Partisanensenders "Stimme des Thailändischen Volkes", der an der Lao-China-Grenze stationiert ist).

- Prasit Tiensiri (über den wenig bekannt ist, der aber wahrscheinlich aus der muslimischen Bevölkerung des Südens stammt, war wahrscheinlich ebenfalls in China und ist heute im Süden des Landes tätig, ebenso wie der schon fast legendenhafte Partisanenführer Chin Peng, der fast sein ganzes Leben im Dschungel verbracht hat und über den im Zusammenhang mit Malaysia noch Näheres auszuführen ist) (97).

#### 4. Phase (1972 ff.)

##### Neue Horizonte und Öffnung nach China

Nachdem Nixon im Februar 1972 der VR China seinen Besuch abgestattet hatte, war auch für Thailand die Zeit gekommen, sich um intensivere Beziehungen zum nördlichen Nachbarn zu bemühen. Kontakte mit Peking begannen - im typischen Stil der bewährten chinesischen Volksdiplomatie - mit dem Besuch einer thailändischen Tischtennismannschaft im August 1972. Die Ping-Pong-Diplomatie hatte sich bisher als so erfolgreich erwiesen, daß Peking sich entschloß, mit Hilfe dieser ungewöhnlichen Methode nun auch das 'heiße Eisen' Thailand anzufassen. Anlaß dieser Reise war die asiatische Tischtennis-Olympiade, die im August 1972 in Peking stattfand (98).

Als Begleiter der Mannschaft reiste kein Geringerer als der ehemalige Wirtschaftsminister Prasit Karnchanawat, ein enger Vertrauter General Praphats, mit nach Peking. Prasit, der als "Kissinger Thailands" gilt, führte in Peking Gespräche, bei denen er einerseits die Ausweitung des beiderseitigen Handels anbieten und andererseits auch darauf hinwirken sollte, daß Peking die Unterstützung der Aufständischen in Thailand einstellt (99). Bereits im Oktober reiste Prasit an der Spitze einer Handelsdelegation abermals nach Peking (100). Der Direktor des CSOC, Generalleutnant Saiyud, erklärte etwa zur gleichen Zeit, daß die Aktivität der Aufständischen in Thailand kein Hindernis für eine diplomatische Annäherung an Peking sei. Aufgrund § 13 des Gesetzes zur Unterdrückung der Kommunisten dürfe kein Thai-Staatsbürger in Länder reisen, wo seine kommunistischen Neigungen gefördert würden (ein Hinweis auf die Ausbildung von Guerilleros durch China?). Er, Saiyud, wolle andererseits aber auch klarstellen, daß die Maßnahmen gegen die Kommunisten weitergingen, selbst wenn eines Tages diplomatische Beziehungen mit der VRCh bestehen sollten. Thailand unterhalte ja auch - trotz seiner antikommunistischen Einstellung - Beziehungen mit der Sowjetunion (101).

Nach dem Militärcoup vom November 1971, bei dem auch Gesichtspunkte der Neuordnung des Verhältnisses zu Peking eine Rolle spielten, schienen sich die Bemühungen um eine Annäherung an die VR China zunächst etwas abzukühlen.

Doch auch das Militärregime konnte die Zeichen der Zeit nicht übersehen. In einem Interview von Anfang Januar 1973 äußerte sich der thailändische Ministerpräsident Thanom dahingehend, daß man mit China weiter über die Terroristen in Thailand sprechen wolle. Gleichzeitig müsse man sich aber auch Gedanken über außen-

politische Korrekturen machen. Vor allem sei das Verhältnis Thailands zu den drei Gemeinschaften ASEAN, ASPAC und SEATO zu überdenken. Was die 1966 gegründete ASPAC (Asian and Pacific Council) anbelange, der u.a. ja auch Nationalchina angehört, so müsse man sich über ihre weitere Existenzberechtigung Gedanken machen (Möglicherweise kommt es demnächst sogar zur Auflösung der ASPAC, Näheres vgl. C.a. 1973/ März - Ü39). Auch die SEATO werde sich möglicherweise ändern. Vor allem komme es darauf an, sie ihres antikommunistischen Charakters zu entkleiden und ein Instrument der Zusammenarbeit aus ihr zu entwickeln. Was die ASEAN anbelange, so werde Thailand so viele Länder wie möglich ermutigen, sich der Gemeinschaft anzuschließen (102).

Diese Ausführungen, die ganz nach dem Leisten Chinas ausgefallen sind, zeigen bereits, wie sehr Thailand von seiner 20 Jahre lang betriebenen antichinesischen Politik abzuweichen beginnt. Solange freilich von

thailändischen Flughäfen aus noch US-Maschinen in Südostasien operieren, ja, solange überhaupt US-Basen auf thailändischem Gebiet existieren, wird China wohl kaum damit aufhören, an der Insurgentenschraube zu drehen und der Führung in Bangkok strenge Zensuren zu erteilen. Sollte es Thailand jedoch gelingen, sich aus der Isolierung an der Seite Washingtons zu lösen, so könnte es aus zwei Gründen für China höchst interessant werden:

- als einflussreiches Mitglied einer starken antisowjetisch orientierten ASEAN
- und - last not least - als Gegengewicht zu Hanoi.

Für Bangkok weht der Wind heute wahrhaft aus dem Nordosten: aus dem Nordosten nicht nur seines eigenen Staatsgebietes, sondern darüberhinaus aus Nordvietnam und aus China.

Ob sich der Wind eines Tages zum Sturm entfachen wird, hängt nicht zuletzt von Bangkok selbst ab.

Weggel

- 1) J.L.S. Girling, "Thailand's New Course", Pacific Affairs 1969, S.346-359 (350 f.).
- 2) Die wichtigsten Regierungen seit 1932 waren:  
Phraya Phahon: 1933-1938  
Marschall Phibun Songkhrum: 1938-1944 u.1948-1957  
Marschall Sarit Thanarat: 1957-1963  
Marschall Thanom Kittikachorn: 1963-  
Dazwischen gab es kurzlebige Kabinette, von denen eines auch durch den als "kommunistisch" geltenden Pridi Phanomyong geführt wurde (März 1946 bis August 1946).  
Weitere - kurzlebige - Kabinette sind erschöpfend aufgezählt bei David A. Wilson, "Politics in Thailand", Ithaca-New York 1962, S.139.
- 3) ebenda, S.274 f.
- 4) ebenda, S.60 f.
- 5) ebenda, 116 ff., 134, 136 f.; zur Funktion und Konsolidierung der bürokratischen Elite vgl. auch Fred W. Riggs, "Thailand, The Modernization of a Bureaucratic Policy", Honolulu 1966, S.65 ff, 110 ff., 132 ff.
- 6) hierzu Klaus von der Decken, "Das politische System Thailands nach den Wahlen des Jahres 1969", aus: Internationales Asienforum 1970, S.215-222 (218 f.).  
ebenda, S.219.
- 7) J.L.S. Girling, "Strong-man Tactics in Thailand: The Problems Remain", in Pacific Community 1972, NZZ, 28.4.1972
- 8) hierzu David Morell, "Thailand", in Asian Survey 1973, S.162-178 (165 f.).
- 9) ebenda, S.169.
- 10) Emanuel Sarkisyanz, "Die Rolle des Buddhismus in der Politik der Länder Südostasiens", in: Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr.32, Juni 1968, S. 121-134 (131).
- 11) Asian Development Bank (ADB), Asian Agricultural Survey, VI.2, Sectional Reports, Manila 1968, S.98. Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum 1960-1965. Sie werden ergänzt durch Angaben von Otto Schiller, "Agrarstruktur und Agrarreform in den Ländern Süd- und Südostasiens", Hamburg, Berlin 1964, S.16,45,50, 68 und 83 sowie 62.
- 12) L. Sternstein, "Aspects of Agricultural Land Tenure in Thailand", in Journal of Tropical Geography, Band 24, 1967, S.29.
- 13) T. Yano, "Land Tenure in Thailand", in Asian Survey 1968, S.858 ff., (S.860).
- 14) ebenda.
- 15) vgl. hierzu Prisca Piamphongsant, "Struktur und Entwicklung der Landwirtschaft Thailands", Dissertation des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg, Hamburg 1970, S.95.
- 16) ebenda, 97 ff.
- 17) ebenda, S.115 f. mit Tabelle
- 18) ebenda, S.117 f.
- 19) vgl. in diesem Zusammenhang auch Walter Skrobanek "Die Krise des Buddhismus in Thailand", in: Internationales Asienforum 1971, S.179-187.
- 20) Charles F. Keyes, "Ethnic Identity of Villages in North Eastern Thailand", in Asian Survey 1966, S.362-369 (364).
- 21) ebenda, 367.
- 22) ebenda, 367.
- 23) ebenda, 369.
- 24) David A. Wilson, "Introductory Comment on Politics in the Northeast" in Asian Survey 1966, S.349-352.
- 25) Die soziale Zusammensetzung der KP ist - neben vielen anderen kommunistischen Parteien Asiens - zusammengestellt in: Oskar Weggel, "Der Kommunismus in Asien", "Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 31. Januar 1970, S.38,39.
- 26) PRe, 12.2.1965, S.25
- 27) FEER, 19.5.1966, S.327.
- 28) Lovelace, a.a.O., S.50.
- 29) nachgewiesen in Current Scene vom 26.9.1966, Volume IV, Nr.17 ("The Dragon in the Hills, China's Pattern for People's War in Thailand", S.10,13.)
- 30) Wolfgang Pollak, "Thailand im Kräftefeld des Indochina-Krieges", Bangkok 1971, S.31 (fortan zitiert als Pollak, Kräftefeld).
- 31) CSM, 13.10.1971; ferner Hans U. Luther, "Reformer gegen Rebellen - zur Situation der Bauern in Thailand", Nr.32 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, 1970, S.18f.
- 32) Pollak, Kräftefeld, a.a.O., S.33.
- 33) FEER, 18.9.1971, S.21-24.
- 34) FEER, 5.2.1971, S.14; von dort ist die im Text angeführte Karte entnommen.
- 35) FEER, 15.1.1972: "The Gathering Storm".
- 36) Maynard Parker, "Untying Thailand", in Foreign Affairs, Jan. 1973, S.327-339 (331).
- 37) Area-Handbook for Thailand, Sept.1968, Harvey H. Smith u.a., herausgeb. von der American University, Washington D.C. 1968, S.82-86.
- 38) FEER, 30.1.1969, S.182.
- 39) NZZ, 31.10.1971.
- 40) FEER, 30.1.1969, S.182: "How Mao the Meo?" - vgl. auch "Mountains of Discontent", FEER, 2. Juni 1970, S.20-22.

- 42) Pollak, Kräftefeld, a.a.O., S.24.  
 43) zitiert ebenda, S.25.  
 44) Luther, "Reformer gegen Rebellen", a.a.O., S.15;  
 vgl. auch J.L.S. Girling, "North East Thailand,  
 Tomorrow's Vietnam?", Foreign Affairs 1969,  
 S.390-397.  
 45) Arnold Abrams, "Back to the Plain", FEER, 18.9.1971,  
 S.21-24. Besonders problematisch wurde seit 1971 auch  
 die Situation im mittleren Süden: In den Provinzen Pha-  
 talung, Nakhornsrithamrat und Surat Thani kam es zu  
 zahlreichen Überfällen auf Polizeistationen und zur  
 Machtergreifung der Insurgenten in zahlreichen Dörfern,  
 wo eine revolutionäre Infrastruktur aufgezogen wurde  
 (Asian Survey 1972, S.160; Asian Survey 1973, S.171).  
 46) Näheres hierzu FEER, 15.1.1972.  
 47) Wolfgang Pollak, "Ein Vietnamkrieg in Thailand?",  
 Außenpolitik 1971, 2 Teile: 154-170 und 233-246,  
 hier: S.242 (fortan zitiert als Pollak, Vietnamkrieg).  
 48) zur Pattani-Armee vgl. FEER, 16.10.1969, S.155.  
 49) darüber ist Näheres in der Mai-Ausgabe von C.a. (China -  
 Malaysia) nachzulesen.  
 50) hierzu Näheres Joseph P.L. Jiang, "The Chinese in Thai-  
 land: Past and Present", Journal of South East Asian  
 History 1966 (Volume No.7), S.39-65 (60).  
 51) Luther, a.a.O., S.16.  
 52) ebenda, S.16 f.  
 53) ebenda, S.22-30.  
 54) Denis Warner, "Krieg ohne Entscheidung", München 1965,  
 S.345.  
 55) vgl. dazu C.a.1973, Nr.4, S.137 ff.  
 56) Department of State Bulletin vom 26. März 1962, S.  
 498.  
 57) Pollak, Kräftefeld, a.a.O., S.8  
 58) Nach einer Meldung des SPIEGEL 1972, Nr.28, S.79  
 59) Pollak, Kräftefeld, a.a.O., S.9  
 60) Andrei Lobanov-Rostovsky, "Russia and Asia", New York  
 1933, S.208 f.  
 61) Max Beloff, "Soviet Policy in the Far East 1944-1951",  
 London 1956, S.240  
 62) Charles B. McLane, "Soviet Strategies in Southeast Asia",  
 Princeton 1966, S.447  
 63) NYT vom 13.5. und 25.10.1960  
 64) vgl. hierzu Paul R. Shirk, "Thai-Soviet Relations",  
 Asian Survey 1969, S.682-693 (690 f.)  
 65) Ebenda, S.691 mit Nachweisen  
 66) ebenda, S.692 mit Nachweisen  
 67) Näheres dazu C.a. März 1973, S.58-78 (67 f.)  
 68) FEER, 6.8.1970  
 69) Pollak, Kräftefeld, a.a.O., S.20  
 70) Stanley Karnow, "The Looking-Glass War", FEER, 21.12.  
 67, S.539-542 (541)  
 71) T. Grimm, "Thailand in the Light of Official Chinese  
 Historiography", Journal of the Siam Society, Vol.49  
 (July 1961), S.1-20  
 72) NCNA, nach SCMP Nr.15 vom 22.11.1950, S.3  
 73) NCNA, nach SCMP Nr.859 (30.7.54), S.16  
 74) People's China vom 16.10.1954, S.25  
 75) NCNA, nach SCMP Nr.1525 (8.5.57), S.32  
 76) vgl. z.B. PRe v.30.8.1960, S.25  
 77) PRe, 3.11.1961, S.14  
 78) HCh Nr.12 vom 16.6.1962, wiedergegeben in SCMM Nr.  
 321 vom 9.7.1962, S.40  
 79) NCNA, 1.10.1964  
 80) NCNA, 11.12.1965  
 81) PRe, 15.10.1965, S.3  
 82) NCNA, abgedruckt in SCMP, Nr.3620 vom 19.1.1966, S.32  
 83) vgl. dazu Lovelace, a.a.O., S.54  
 84) ebenda, S.54  
 85) vgl. u.a. SCMP Nr.4089 vom 29.12.1967, S.35-36  
 86) PRu 1968, Nr.42, S.30-32  
 87) PRu 1968, Nr.51, S.22-24  
 88) PRu 1969, Nr.3, S.16-18, 29  
 89) JMJP, 8.1.1969  
 90) PRu 1969, Nr.3, S.19 f.  
 91) PRu 1969, Nr.3, S.16 ff.  
 92) PRu 1972, Nr.7, S.19 ff.  
 93) Das Abkommen ist abgedruckt in "Verträge der Volks-  
 republik China mit anderen Staaten, bearbeitet im  
 Institut für Asienkunde Hamburg," Band XII, Nr.4,  
 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg,  
 Wiesbaden 1968, S.216 ff.  
 94) ebenda, S.219 f.  
 95) FEER, 14.11.1970, S.32 f.  
 96) FEER, 14.10.1972, S.25 f.  
 97) FEER, 13.5.1972, S.18  
 98) zur ATTU vgl. C.a. Aug.1972, S.8  
 99) Näheres dazu C.a. Aug.1972 - Ü 31  
 100) C.a. Okt.1972 - Ü 23  
 101) mit Nachweisen C.a. Sept.1972 - Ü 29  
 102) C.a. Febr.1973 - Ü 30